

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile ob. deren Raum 30 A.
Bergütungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Werbet unablässig neue Mitglieder für den Verband!

Inhalt: „Der Mittelstand muß erhalten bleiben.“ — Die sächsische Fabrikinspektion und die Holzindustrie. — Von der preussischen Fabrikinspektion. — Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag. — Sozialpolitische Rundschau. — Korrespondenzen. — An die Holzarbeiter von Ost-Westfalen und Lippe. — Eingekandt. — Streiks und Lohnbewegungen. — Gewerkschaftliches. — Gerichts-Chronik. — Technisches. — Literarisches. — Briefkasten. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Remlingen** bei Bremen (Werkstätte Brandt), **Teterow** (Werkstätte von Reinhard Schwarz), **Siberfeld**, **Zirndorf** bei Nürnberg, **Berlin** (Telephonapparate-Fabrik von Welles), **Grabow a. O.** (Firma Kubow & Walter) und **Bad Reichenhall** (Möbelfabrik von Hörlein & Dürr), **Gotha** (Bilder- und Spiegelrahmen-fabrik von Georg Sperl), **Stockholm** und **Gefle** (Schweden); von Schreineren und Parkettbodenlegern nach **Ansbach** in Bayern (Konrad Koderer) und **Berlin** (Firma Rosenfeld & Co.); von Tischlern und Glasern nach **Zürich** (Schweiz); von Drechslern nach **Geising i. S.** (Firma Anton Görner) und **Lauterberg** (Firma Hattenhof & Zeidler); von Stodredchslern nach **Wien**; von Korbmachern nach **Zeitz** (Werkstätten von Pfeifer und Firma F. Degelow, Inhaber Käfner, Gengelbach & Prüfer); von Bürstenmachern nach **Berlin** und Bergoldern nach **Leipzig** (Firma B. Groß) und **Berlin**.

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

„Der Mittelstand muß erhalten bleiben.“

Höchst sonderbar, trotz Zwangsinnung und Befähigungsnachweis in Oesterreich scheint der goldene Mittelstand, wie dort das Handwerk von einem Konfusionsrath genannt wird, doch zu Grunde gehen zu wollen. In einem wie oben überschriebenen Artikel in der „Oesterr.-Ungarischen Tischler- und Tapezierer-Zeitung“ hat er beobachtet, daß eine bedenkliche Veränderung an den Lebensverhältnissen der menschlichen Gesellschaft in unserer Zeit vor sich geht; daß bei Einzelnen der Besitz und die Wohlhabenheit zur förmlichen Hochfluth anschwillt, wogegen das Vermögen vieler Anderer allmählig einschmilzt und nicht Wenige in Noth und Elend dahin sicken. Das stimmt, ist aber gar nichts Neues und kommt auch anderswo noch vor. Neu ist nur, daß diese Erscheinung ganz einfach durch drei Worte: „Uneinigkeit“, „Unzufriedenheit“ und „Unbotmäßigkeit“ zu erklären sein soll. Letztere beiden „üblen Negationen“ (?) natürlich auf die Arbeiter sich beziehend. Es versteht sich für einen konfusem und obendrein egzentrischen Moralphilosophen ganz von selbst, daß die Arbeiter nun einmal für Alle und Alles die Sündenböcke sein müssen. Daß die Reichen immer weniger, diese Wenigen aber immer reicher werden, daß der Mittelstand zu Grunde geht, daß selbst die arbeitende Klasse in Noth und Elend verkommt — an Allem sind die — Sozialdemokraten schuld! Selbstverständlich! Sie sind ja die große Masse, von ihr hängt eben Alles ab, was besteht, ergo auch Alles, was zu Grunde geht!

Durchaus wahre Worte spricht der Artikelschreiber aus, wenn er darüber klagt, daß Jeder seine Fähigkeiten für sich verwende, anstatt der Gesamtheit mit denselben zu nützen, daß, wer auch erst wenige Schritte zum Wohlstand gemacht, sich um seine Nebenmenschen gar nicht mehr kümmere, „sein Standpunkt dann über den Köpfen der Allgemeinheit“ sei. Wörtlich sagt er weiter: „Nur dort, wo der Gesellschaft das Unheil droht, findet man die idealste Einheit. Läßt sich schnell etwas denken, das so einig wäre, wie das Großkapital? Täuschen wir uns nicht! Das Großkapital ist bereits zu einer internationalen Großmacht hinangewachsen, zu einer Macht, die Alles zu vernichten droht.“ Selbstverständlich ist das, international „der Großkapitalisten anders aufzufassen, wie diese es für die internationalen Arbeiter verstanden wissen wollen, wie wir dies auch an unserem Konfusionsrath bemerken werden. Für das Großkapital bedeutet es: Umsturz, Vernichtung des Eigenthums, der Familie und der Ehe, Gottlosigkeit, Vaterlandslosigkeit, ein Attentat auf die göttliche Weltordnung, eine Verneinung aller Kultur, Zerstörungswuth, Mord, Brand und Petroleum, wie Otto Waller in seiner Novelle „Das Patent“ dies den Kommerzienrath Krummbügel seinem Werkführer gegenüber erklären läßt. Wo es sich bei etwaigen Lohnforderungen der Arbeiter oder bei Geltendmachung ihres Koalitionsrechtes darum handelt, die Arbeiter niederzuwerfen, sie auszuhungern, ferner um die Hochschraubung der Preise für die nothwendigsten Konsumartikel, da ist allerdings die Einigkeit des Großkapitals beispiellos und thatsächlich — Vernichtung drohend.

Aber wenn die Moralphilosophen das einsehen, warum bieten sie denn nicht ihren ganzen Einfluß auf, dieser Vernichtungswuth des Großkapitals entgegenzutreten, und warum ist ihr ganzer Haß immer nur auf die Arbeiter resp. Sozialdemokratie konzentriert? Reicht denn das Begriffsvermögen dieser Philosophen nicht so weit, zu erkennen, daß die Arbeiter die Entwicklung der Großbetriebe nicht verhindern können, und selbst wenn sie die Macht dazu hätten, es doch nicht dürften, da jede Hemmung der großindustriellen Entwicklung sie weiter von ihrem Ziele entfernen und auch den Todeskampf des kleinen Handwerker-, Bauern- oder Jagen wir Mittelstandes unnöthig verlängern würde? Es kann sich doch höchstens nur noch darum handeln, ob es Weiden, der Sozialdemokratie und dem jogen. Mittelstande, möglich ist, auf dem Wege der Gesetzgebung, resp. dem der gemeinsamen Organisation, diesen unvermeidlichen Todeskampf zu erleichtern; und das wäre möglich, wenn die Handwerker und Kleinbauern den Kampf nicht gegen ihre natürlichen Leidens- und Bundesgenossen, die Arbeiter, sondern mit diesen gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, in jeder Gestalt richten würden.

„Wäre diese“ (die Sozialdemokratie), jagt der gelehrte Herr, „nicht bloß unter sich, sondern auch mit dem Mittelstande einig, dann ginge Alles gut; in kurzer Frist würde sich das Angesicht der Erde erneuern.“

Das glauben wir auch, würde freilich keine griesgrämliche Frage des Mittelalters, aus deren Falten spießbürgerlicher Egoismus, Meistertitel, Junjortzung, Befähigungsnachweis usw. herauszulesen, sondern ein jugendfrisches, lebensfrohes Antlitz sein.

Freilich war es die Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit der Meister, nicht umgekehrt, der Gesellen, wie der „Rath“ anzunehmen scheint, welche die Herzen der Letzteren von den Meistern losriß, was auch deutlich

genug aus der Geschichte hervorgeht*), und was er auch zum Theil selbst zugeibt, indem er sagt, daß daran das einstige Gebahren und die Behandlung der Meister, womit diese den Arbeitern begegneten, die Hälfte aller Schuld trug.

Wenn er ferner sagt, daß „die Gesellen damals fürwahr ein solch' menschenunwürdiges Dasein fristeten, daß es heute kaum glaublich erscheine“, so hätte er nur gleich hinzufügen sollen, daß die Behandlung und Löhnung der Gesellen heute mindestens um nichts besser geworden ist, und daß an den schroffen Gegensätzen, oder wie er sagt: „Extrema se tangunt“ (soll wohl heißen: „les extremes se touchent“, sprich: las exträim se tuich), die äußersten Gegensätze berühren sich, auch heute noch die Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit der Meister die Schuld tragen.

Es ist durchaus unwahr, was der Herr in folgenden Sätzen ausspricht: „Und wirklich, heute ist das Extreme bei den Arbeitern. Die menschliche Schwäche und Leidenschaft wissen nie Maß zu halten. Wie früher die Arbeitsherren ihren wahren Standpunkt verließen, so schießen jetzt die Arbeiter weit über das Ziel hinaus. Mit dem Hinweise auf die früheren Zustände und unter der Parole einer billigen Nothwehr glauben nun diese, die grenzenloseste Unzufriedenheit und jede Art von Unbotmäßigkeit rechtfertigen zu können.“ Die österreichischen Arbeiter haben unseres Wissens nur verlangt, was die Meister billig hätten erfüllen können: Eine etwas verkürzte Arbeitszeit, einen Lohn, der ein menschenwürdiges Dasein gestattet, und die Ausübung ihres Koalitionsrechtes. Es ist also nichts mehr und nichts weniger, als die Meister schon immer für sich beansprucht haben.

Glaubt aber der Verfasser, daß es Unbotmäßigkeit der Arbeiter sei, wenn sie sich gegen die unerhörte Ausbeutung, die mit ihnen und noch mehr mit den Lehrlingen getrieben wird, auflehnen? Glaubt er, es sei unbotmäßig, wenn die Arbeiter vom Arbeitgeber verlangen, daß er die ihnen in Abzug gebrachten Krankenkassenbeiträge auch an die Genossenschaftskasse abliefern und nicht nach Spitzbubenart, wie es in Oesterreich Regel ist, in die eigene Tasche steckt, die Arbeiter betrugt und bestiehlt, und sie obendrein ihres Rechtes an die Kasse in Krankheitsfällen verlustig macht? Glaubt er, es sei unbotmäßig, wenn die Gesellen und Lehrlinge eine menschenwürdige Lagerstatt verlangen, und in keinem Winkel neben dem Schweinestall elend verkommen und erfrieren wollen, wie dies im letzten Winter noch zwei Klempnerlehrlingen passirte? Wenn diese berechtigten Forderungen „eine böse Gährung“ hervorgerufen haben, wodurch die menschliche Gesellschaft (soll wohl im engeren Sinne Handwerk heißen) großen Schaden nehmen muß, ja an deren Folgen ihr Untergang vorbereitet ist, nun dann mag das Handwerk in die tiefsten Tiefen versinken und nimmermehr an die Oberfläche gelangen, und vollkommen richtig ist unsere Hypothese, daß unter solchen Umständen die Arbeiter gar keinen Grund haben, dem Verfall des Kleinbetriebes oder Mittelstandes anders als gleichgültig zuzusehen.

Eine Gesellschaft, die ihren Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber so wenig nachzukommen im Stande ist, mag lieber zu Grunde gehen, wie das einst der preussische Minister v. d. Heydt bezüglich der Kinderausbeutung von der deutschen Industrie sagte. Die morischen Grundpfeiler, genannt Mittelstand, sind keine

*) O. Schana. Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände. Ebenso in „Geschichte des Sozialismus“, S. 47 und weiter.

„Stützpunkte mehr für ein zivilisiertes Volk“; ohne die starken Schultern der Arbeiterklasse, auf denen die Gesellschaft ruht, würde sie längst zusammengefallen sein. Ihr Bestand beruht auf der Arbeit, aber weder der Kapitalismus noch die Drohen im Klassenstaate, zu denen man auch bis zu einem gewissen Grade den Mittelstand zählen kann, haben zu ihrem Bestande durch Arbeit beigetragen; diese überließen sie den Arbeitsbienen. Sie haben im Schweiße ihres Angesichts alle die Produkte geschaffen, die zur Erhaltung der Gesellschaft notwendig sind, obgleich sie selbst den geringsten Antheil an denselben haben.

Die Arbeiter werden der völligen Proletarisierung, wie solche notwendig durch die Entwicklung und die Konzentration des Kapitals und der großen Betriebe herbeigeführt wird, ziemlich gemessen entgegensehen, sie wissen, daß sie nur ihre Ketten zu verlieren aber eine Welt zu gewinnen haben. Sie sind an Kummer gewöhnt; mag es für Die, die nie im Leben einen Finger rührten, zu denen auch der „Konjunktionsrath“ zu gehören scheint, ein peinliches Gefühl sein, daß die schöne Zeit des „Nurgenießens“ so bei Kleinem das Zeitliche segnen wird, und dann, in die Reihen des Proletariats hineingedrängt, der Kampf um's Dasein etwas anders ausseht; mögen dann den meisten von diesen „Gefallenen“ auch „die Hände zucken, sie nach dem Revolutionsknüttel auszustrecken“, wie sich der „Rath“ ausdrückt, das wird die von der Nothwendigkeit der Entwicklung und von dem näheren Andringen einer neuen Zeit überzeugten Proletarier nicht alteriren; sie werden dann ebenso wenig wie heute die „Idiotenhäuser füllen“; das mag sich der Herr gesagt sein lassen, die Arbeiter werden dies vielmehr denen überlassen, deren Aufnahme in solche man heute schon mit gutem Gewissen anrathen könnte. Als Ersten würden sie Denjenigen empfehlen, welcher im „erträumten Zukunftsstaate der Sozialdemokraten einen zusammengeführten Völkerbrei“ erblickt, in dem „ein Korn dem anderen gleichen soll“, und bei dem es „ohne Mittelstand nun einmal garnicht gehen kann“.

Man entscheide selbst, wohin Jemand gehört, der den Handwerkerstand heben, der die Gesellen demselben wieder mehr zuführen will, der den Großbetrieb, resp. das internationale Großkapital für eine Alles zu vernichten drohende Macht hält und dann folgenden Satz verbrochen kann: „Der Mittelstand wirkt jütigend nach oben und nach unten. Er verwehrt mit seinen edelsten Sprossen den Adel und die vornehme Welt, er erkennt bei den begütertesten Großindustriellen seine künftigen, genialen Söhne. Ober ist es nicht so? Hat es etwa den Adel eines Tages vom Himmel herabgereget oder wurde jener nicht aus den würdigsten Mitgliedern des Bürgerthums hervorgehoben?“

Mein hinterher ignoriert dieser Allermittelsmensch den „gehriren Herren Meistern“ wieder Honig um den Bart, indem er ihnen, den Repräsentanten des eben geschilderten „Mittelstandes“, allerhand „Jeden erquidende bürgerliche Zugenden“ an den Hals hängt, die sie, wenigstens die große Mehrzahl, nur dem Namen nach kennen. Wächst dann voll Herzenssehnsucht die Zeit der Jünste wieder herbei, die guten alten Zeiten, wo fast jede Gewerbezunft ihre eigene Fahne hatte und da stand wie ein Regiment zum Kampfe...“

Nachdem er mit diesem langen Sermon fertig und für die Einigkeit der Arbeiter mit den Meistern, für die Rettung der Gesellschaft das Beste hofft, schließt er mit folgenden begeisterten Versen:

„Verstarrt von der Erde lebendige Saat;
Ob nur ein Wortchen es liege,
Das jagt die Feinde — Vranz lebe die That!
Mir oder verdirbt zum Siege!“

Soll man mehr erkennen sein über den „Ketter des Handwerks“ oder über die Tischler- und Tapeziererweigerung, die einem solchen Unsum, solchen Widersprüchen der französischen Art vom Standpunkte des kleinen Handwerkerstandes aus, ihre Spalten öffnete? Sei dem wie ihm wolle, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen; das Eine aber ist sicher: Ein Handwerkerstand der sich solcher Kohl ohne Barren erztücken und von jedem Plebejischen sich den Kopf verdecken läßt, wird nie den „goldenen Boden“ des Handwerks finden, trotz Jammern und Befähigungsnachweis; sie werden ihn Beide anklagen: die Großindustrie und die Arbeiter.

Die jütigste Fabrikinspektion und die Holzindustrie.

II

Wenn irgend etwas geeignet ist, Sächsischen Arbeiterstand in bezugnehmenden Mitharbeit zu bringen, so ist es die enorme Zahl von Ueberarbeitsbewilligungen für Arbeiterinnen auf Grund des § 138a der Gewerbeordnung, die wir in nachfolgender Tabelle für die hauptsächlichsten in Betracht kommenden Industrien veranschaulichen.

Industrie	Bewilligungen für die Wochentage (§ 138a Abs. 1-4) Sonnabenden ausgenommen.					Zahl der Ueberst. auf	
	Zahl der Betriebe	Zahl der Ueberstunden für Arbeiterinnen	Zahl der Ueberstunden für Arbeiter	Zahl der Ueberstunden für Arbeiterinnen	Zahl der Ueberst. auf jeden Betrieb	Zahl der Ueberst. auf jede Arbeiterin	
Textil-Industrie ...	649	55524	971005	42	1494	17,5	
Nahrungs- u. Genussmittel.....	29	2607	137863	2	4754	52,9	
Bekleid. und Heimg.	63	7291	117616	2	1867	16,1	
Poligraph. Gewerbe	52	4462	52368	—	1007	11,7	
Papier und Leder..	54	2910	45967	1	854	15,8	
Holz- u. Schnitzstoffe	19	672	10378	—	546	16,4	
Masch., Instrumente	5	668	9637	—	1927	14,4	
Sämmil. Industr. 94	901	76544	1388844	47	1541	18,1	

1 388 844 Ueberstunden, das dürfte wohl die großartigsten Hoffnungen des Unternehmertums befriedigen. Aber darin sind nur diejenigen für 5 Wochentage enthalten; es kommen noch hinzu die nach § 138a Abs. 5 für die Beschäftigung an Sonnabenden und den Festtagsvorabenden von Arbeiterinnen, welche kein Hauswesen zu versorgen haben, gewährten Bewilligungen an 100 Betriebe und 3192 Arbeiterinnen, deren Stunden-summe der Bericht leider verschweigt. Diese Bewilligungen erstrecken sich bis zu 3 Stunden pro Tag und für 68 Betriebe auf mehr als 12 Sonnabende. Wir können sie gering auf 75—100 000 Stunden schätzen, so daß sich die Gesamtzahl der wochentäglichen Ueberstunden allein auf 1 450 000—1 1/2 Millionen beläuft, ungeachtet der Sonntagsausnahmen und ungerechnet die den Unternehmern ungesetzlicher Weise nachgegebenen Ueberstunden, sowie Derer, die sich die Arbeitgeber aus eigener Machtvollkommenheit bewilligten, über deren Zahl natürlich tiefes Dunkel ruht. In der That, da könnte es uns wenig wundern, wenn das Unternehmertum von den bisherigen Wirkungen des Arbeiterinnen-schutzes höchlichst befriedigt wäre und dies bei der Enquete mit lebhaftem Danke quittirte, denn diese Art der Durchführung bestätigt durchaus unser des Defteren gefälltes Urtheil, daß von einem wirklichen Arbeiterschutz in Sachsen weder die Unternehmer noch die Arbeiter bisher etwas zu verspüren vermochten. Und es darf auch bei der Beurtheilung der Umfrageergebnisse diese äußerst laze Durchführung nicht unberücksichtigt bleiben, wenn die hier und da kundgethane Befriedigung des Unternehmertums nicht zu falschen Schlüssen verleiten soll.

Während sich die übrigen Gewerbebeamten begnügten, die vom Ministerium gestellten sechs Fragen nur allgemein hin aus dem Schatze ihrer Wahrnehmungen zu beantworten und bloß in besonderen Fällen durch Einzelbeispiele zu belegen, benutzte der den Tischlern wohl-bekanntere Dresdener Gewerberath, Herr Siebraht, diese Gelegenheit, um die eigenen Meinungen der Unternehmer seines Bezirks zu Tage zu fördern, indem er 460 Fragebogen an die mehr als sechs Arbeiterinnen beschäftigenden Anlagen mit Bordrud der sechs Fragen aus-jandte, von denen er 344 beantwortet zurückerhielt. Die Billigkeit hätte es erfordert, die Arbeiterinnen derselben in gleicher Weise zu befragen; indes begnügte sich der Beamte, diese Befragung persönlich bei Gelegenheit der Revisionen vorzunehmen, wahrscheinlich in Gegenwart des Chefs oder Vorarbeiter, da die von ihm mitgetheilten Antworten ganz darnach aussehn. So gestaltete sich, im Gegensatz zu den Ergebnissen der übrigen Berichte, die Enquete im Dresdener Bezirke zu einer durchaus arbeiterschutzeindlichen Rundgebung, und es ist bezeichnend, daß der Beamte schlechthin „die Arbeiterinnen“ aus 33 Fabriken anführt, die sich gegen die gesetzlichen Beschränkungen erklären, dagegen nicht einen einzigen Fall sympathischer Stellungnahme, der unter den 14643 Arbeiterinnen seines Bezirks (davon 8923 revidirt) doch wohl vorgekommen sein muß. Im Uebrigen zeigt sich allgemein, daß die Schutzbestimmungen die Löhne der im Afford beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nachtheilig beeinträchtigt haben, da die Arbeitsleistung trotz verkürzter Arbeitszeit die gleiche blieb, während vielfach die im Zeitlohn Beschäftigten Einbußen hatten, die von den Arbeitgebern nur selten vergütet wurden. Den Antrag auf vorzeitige Entlassung zur Mittagspause haben nur verhältnismäßig wenige Arbeiterinnen gestellt, meist solche, die am Arbeitsorte wohnen; der größte Theil der Arbeiterinnen verzichtet auf die Stellung des Antrages, theils wegen Verdienstansfalls oder weil Auerwandte ihnen das Hauswesen besorgen, theils auch aus Furcht vor Entlassung oder gelegentlichen Nachtheilen, und eine beträchtliche Zahl von Unternehmern macht auch keineswegs ein Hehl daraus, daß sie sich sofort oder zu gelegener Zeit der betreffenden Antragstellerinnen entledigen würden, während Anderer nur solche Arbeiterinnen einstellen, die von verarbeitern auf die Stellung des erwähnten Antrages verzichten. Dies erklärt zur Genüge, wie wenig den Arbeitern ein bloßes, gesetzliches Recht fruchtet, sobald

ihnen zu dessen Inanspruchnahme die Respekt einflößenden Organisationen fehlen, und verweist auf die Nothwendigkeit, die 1 1/2stündige Mittagspause gesetzlich festzulegen. Welche Rücksichtnahme das Unternehmertum mitunter den gesetzlichen Beschränkungen entgegenbringt, beweist folgender Fall im Freiburger Bezirke, wo der Besitzer einer Holzwaarenfabrik bei der Revision erklärte, daß er aus Aerger über die Unannehmlichkeiten, die ihm durch die Einhaltung der für die Arbeiterinnen beschränkten Arbeitszeit entständen, den Arbeiterinnen die Wahl zwischen einer 10/oigen Herabsetzung der üblichen Affordsätze oder der sofortigen Entlassung gestellt habe. Der Edle war kurze Zeit vorher wegen Ueberbeschäftigung von Arbeiterinnen an Sonnabenden u. rechtskräftig mit M. 20 bestraft worden. Das mußte an den Stückpreisen der Arbeiterinnen natürlich wieder herausgeschunden werden. Von einer Lohnstatistik ist natürlich bei dem mangelhaften Ausbau der Gewerbe-inspektion nichts zu verspüren, und auch von einer offiziellen Arbeitszeitstatistik ist man in Sachsen noch weit entfernt. Hier mag sich der Kritiker mit den wenigen, oberflächlichen, meist nichtsagenden Bemerkungen der Einzelberichte abfinden; nur der Zittauer Beamte unterzog sich der dankenswerthen Mühe, über die Arbeitszeit der meisten Arbeiterinnen und Arbeiter seines Bezirks eingehende Untersuchungen anzustellen und deren Resultate in Tabellen zu veröffentlichen. Die erste davon betrifft 13 524 erwachsene Arbeiterinnen in 186 Betrieben der Textil- und der Bekleidungsindustrie und ergibt für 3144 Arbeiter eine 10stündige, für 2186 Arbeiter eine 10 1/4—10 3/4stündige und für 7294 Arbeiter eine 11stündige tägliche Arbeitszeit, wobei auf die vorzeitige Kürzung zur Mittagspause nicht besonders Rücksicht genommen wurde.

Die andere Tabelle betrifft 27 318 Arbeiter in 348 Anlagen der Textil-, Metall- und Maschinenindustrie, sowie der Steine und Erden, und ergibt für 260 Arbeiter in 3 Anlagen täglich 9 1/2 Stunden, für 6175 Arbeiter in 41 Anlagen täglich 10 Stunden, für 5921 Arbeiter in 22 Anlagen täglich 10 1/4 bis 10 1/2 Stunden, für 14 820 Arbeiter in 281 Anlagen täglich 11 Stunden und für 142 Arbeiter in 1 Anlage täglich 11 1/2 Stunden Arbeitszeit. Der Annaberger Beamte berichtet, daß in seinem Bezirke in 37 pZt. der Anlagen (nicht der Arbeiter!) die 11stündige, in 5 pZt. die 10 1/2stündige, in 16 pZt. die 10stündige und in 5 pZt. eine kürzere Arbeitszeit herrsche, wonach also für 37 pZt. eine länger als 11stündige Arbeitszeit verbleibt. Im Uebrigen herrscht zumeist die 11stündige Arbeitszeit, mit Ausnahme weniger Großstädte, in der Textilindustrie beinahe überall. Die längsten Arbeitszeiten, nicht selten 16 bis 18stündige, sind in Mühlenbetrieben anzutreffen. Der Zittauer Beamte hat über jene vorerwähnten 27 318 Arbeiter in 348 Anlagen ebenfalls Tabellen über Lohnfristen, Lohnungstage und Kündigungsfristen veröffentlicht, während der Annaberger Beamte allein ihm mit einem unvollkommenen Versuche bezw. der Lohnfristen und Lohnungstage folgt. Der letztere Beamte berichtet auf S. 293: „Der Besitzer einer Spielwaarenfabrik erklärte auf Befragen, er habe den Freitag nicht als Lohnntag aufrecht erhalten können, weil die Leute dann am Freitag Abend zu lange im Wirthshause geblieben und am Sonnabend zur Arbeit nicht recht tauglich gewesen seien. Dieser bissigen Unternehmermalice gegenüber fehlt es natürlich an jeder Kontrolle, was die betreffenden Arbeiter dazu sagen.“

An Ausständen werden im Berichtsjahre 22 gemeldet, davon zehn im Bezirk Leipzig. Für die Holzarbeiter kommt dabei nur der Leipziger Kistenmacherausstand in Betracht, der nach fünf Wochen mit dem Bezug von Ersatzkräften endete. Sechs Streiks verliefen für die Arbeiter siegreich, während fünf unentschieden blieben und elf verloren gingen.

Der Freiburger Bericht meldet: „Die niedrigsten Löhne wurden in der Holzwaaren-Industrie gezahlt, wo die Männer wöchentlich M. 8—15, und Arbeiterinnen M. 5—8 verdienen.“ (S. 265.)

Der Beamte für Döbeln berichtet von dem immer mehr sich bemerklich machenden Uebergang der Stahlbauerei von der Hausindustrie zum Fabrikbetriebe.

Der Annaberger Beamte beginnt sein Kapitel über die Ernährungsverhältnisse wie folgt: „Die Ernährungsweise der Arbeiter des Bezirks ist eine mangelhafte; die Kost der Arbeiterfamilien, deren Ernährer wöchentlich M. 10—12 verdient, besteht zum größten Theile aus Kartoffeln, Brot und Kasse. Da die Leute vielfach große Familien haben, so kommt Fleisch meist nur Sonntags auf den Tisch.“ (S. 306.) Der Beamte für Aue (S. 339): „Die Ernährung eines großen Theils der Arbeiterschaft läßt noch Manches zu wünschen übrig, zumal die für den Unterhalt bestimmten Mittel nicht immer in richtiger Weise verwendet werden. Obwohl der oft verhältnismäßig nur geringe Wochenlohn einen bedeutenden Einfluß auf die Art der Ernährung hat, so wird doch auf eine

vernunftgemäße Ernährungsweise seitens der Arbeiterfrauen zu wenig Werth gelegt. . . Die Preise der Lebensmittel sind als billige nicht zu bezeichnen." Der Beamte für Jittau (S. 433): „Die Ernährungsweise der Arbeiterbevölkerung der Lausitz läßt im Allgemeinen zu wünschen übrig; namentlich sind es die weiblichen Arbeiter, welche besonders anspruchlos erscheinen. Die Mittagskost der Arbeiter besteht in der Hauptsache aus Gemüse und Kartoffeln mit Heringen, seltener aus Fleisch." Der Leipziger Beamte bringt folgenden Weisheitssermon: „Die Ernährungsweise der Arbeiter, welche ein Hauswesen besitzen, sowie diejenige der meisten männlichen Arbeiter ist im Ganzen eine ihrem Verdienste entsprechende. Nicht immer ist dies bei den alleinlebenden jüngeren Arbeiterinnen der Fall, deren Verdienst zuweilen unter M. 6 die Woche herabgeht. Bei einer solchen Lohnhöhe begnügen sie sich, wenn ihnen nicht etwa eine Fabrikküche oder eine öffentliche Speiseanstalt Vortheile bietet, mit geringwerthiger Kost." (S. 140.) Also doch auch lediglich ihrem Verdienst entsprechend.

Den breitesten Raum nehmen selbstredend auch diesmal die Schilderungen der Wohlfahrtseinrichtungen ein, bei denen noch dazu alle jene hervorragenden Wohltäter besonders namhaft gemacht wurden, eine Praxis, deren sich die Berichte nicht gleicherweise bei der Behandlung der Gesetzesübertreter befleißigen. Indef können die Berichte nicht umhin, die allgemeine Zurückhaltung der Arbeiterschaft zu konstatieren, besonders über den Arbeiterwohnungen und Fabrikküchen, die allein schon hinreichen dürfte, diesen Wohlfahrtzauber auf seinen wahren Werth zurückzuführen.

In einem nachfolgenden Aufsatze wollen wir das für die Holzwaarenindustrie hochwichtige Gebiet der Unfälle und Gefahrenverhütung einer besonderen Betrachtung unterziehen.

Von der preussischen Fabrikinspektion.

I.

Welche Bedeutung die Jahresberichte der preussischen „Regierungs-Gewerberäthe und Bergbehörden", wie sie offiziell heißen, für die Arbeiterorganisationen haben, geht wohl aus der Stellungnahme und Kritik hervor, die von ihnen zu denselben eingenommen und an ihnen geübt wird. Bekanntlich sind die Einzelberichte in einem Gesamtbericht aneinandergefügt, sind sehr kurz und geben speziell über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nur eine recht ungenügende Auskunft; mitunter ist derselben nur in wenigen Zeilen gedacht, und bemerkt, daß sich die Löhne und Lebensverhältnisse der Arbeiter gegen das Vorjahr nicht verändert haben." Die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer haben im diesjährigen Bericht ebenso wie im vorjährigen eine weitgehende Berücksichtigung erfahren und nicht selten auf Kosten wichtigerer Berichtobjekte. Wenn die Herren Gewerberäthe bei den Arbeitern nicht den Schein einer bestimmten Tendenz mit der allzu ausgiebigen Hervorhebung der Wohlfahrtseinrichtungen erwirken wollen, dann mögen sie davon ablassen. Im Uebrigen konstatieren wir, daß die Anweisung des ehemaligen Reichskanzlers Caprioli vom 16. Dezember 1893 an die Gewerberäthe, „daß nur Thatsachen mitzutheilen sind, die auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen, und etwaige kritische Bemerkungen nur einen lediglich sachlichen Charakter tragen sollen," ihre Wirkung gethan hat. Wären die Berichte schon sonst nicht sehr reich an kritischen Bemerkungen, so fehlen sie jetzt fast ganz, und daraus geht schon zur Genüge hervor, daß, wo den Gewerberäthen jede Kritik unterliegt ist, wenigstens indirekt, große Hoffnungen auf Abstellung von Uebelständen und in Bezug auf Jnanhaltung der gegebenen Vorschriften seitens der Unternehmer nicht zu setzen ist. Will die Regierung, daß die Arbeiterschutzbestimmungen auch wirklich innegehalten und das Gesetz nicht bloß auf dem Papier stehen soll, dann hätte sie, anstatt die Gewerberäthe in ihrer berechtigten Kritik zu beschränken, ihnen Exekutivgewalt einräumen sollen. Die Unternehmer würden vor den Gewerberäthen dann sicher mehr Respekt haben, ihnen aber auch mehr Achtung entgegenbringen, und nicht, wie dies dem Gewerbeinspektor für Trier passirte, mit Thätlichkeiten bedroht werden, so daß er seiner Berufspflicht nur unter Zuhilfenahme eines Gendarmen nachkommen konnte, abgesehen von der widerwilligen und widerstrebenden Ausführung der Anordnungen seitens der Unternehmer, worüber eine Reihe Gewerberäthe bittere Klagen führen.

Wenn man ferner in Betracht zieht, daß nach der von Caprioli gegebenen Anweisung „Vorschläge wegen Aenderung oder Ergänzung der bestehenden Vorschriften nur in Fällen eines dringlichen praktischen Bedürfnisses und nach eingehender Prüfung zu machen sind," und wenn man sich ferner vergegenwärtigt, daß die Originalberichte, ehe sie zum Druck gelangen, einem Revisor durch die Finger gehen, dann begreift man, weshalb in den Jahresberichten so wenig Kritik und noch weniger Vorschläge auf Aenderung oder Bekämpfung von Missethungen zu finden sind. Diesen Umstand müssen wir berücksichtigen, wenn wir bei der nachfolgenden Berichterstattung über die Resultate der Fabrikinspektion den Lesern gegenüber nicht ungerathet sein wollen.

Wie fast in jedem Berichtsjahre, ist auch im vorliegenden von einer Reihe Aufsichtsbeamten darauf hingewiesen, daß die

Revision der Dampfessel diejenige der gewerblichen Anlagen sehr beeinträchtigt. Leider ist aus keinem der Berichte ersichtlich, wie viel gewerbliche Anlagen und Dampfessel in den einzelnen Inspektionsbezirken der Kontrolle unterliegen (mit Ausnahme von Münster i. W. und Düsseldorf) und daher auch nicht ersichtlich, in welchem Maße die Revision der gewerblichen Anlagen benachtheiligt wurde.

Einige Gewerberäthe haben sich, wie es scheint, mit der Kesselrevision ausgezöhnt, bebauern nur, daß so viele Tage darauf verwendet wurden, andere wieder sind der Meinung, daß die Kesselrevision mit der der Fabrikräume für die allgemeine Thätigkeit der Aufsichtsbeamten nicht zu unterschätzende Vortheile bietet. Trotzdem sich das Kesselprüfungs-geschäft wesentlich vereinfacht hat, sagt der Aufsichtsbeamte für Siegen, nimmt es doch noch den größten Theil der Dienstthätigkeit der Beamten in Anspruch. Im Uebrigen glaubt er ebenfalls, daß sich nach den bisherigen Erfahrungen die Vereinfachung des Kesselprüfungs-geschäfts mit dem Gewerbeaufsichtsdienste außerordentlich rasch und glücklich eingelebt hat. Der Potsdamer Aufsichtsbeamte berichtet, daß die Revision der Dampfessel und Dampfesfabetriebe 65 pSt. seiner dienstlichen Thätigkeit in Anspruch genommen habe. Nehulich äußert sich der Aufsichtsbeamte für Kottbus. „Leider," sagt er, „steht zu befürchten, daß sich dieses ungünstige Verhältnis in Zukunft noch weiter verschlechtern wird," weil die Kessel in den Industriemittelpunkten weniger werden, auf dem Lande sich aber vermehren. Von den 6058 Revisionen im Düsseldorf Aufsichtsbezirk entfielen allein 3701 auf Dampfessel und 17 auf Dampfesfabetriebe. Von 418 Reisetagen verwendete der Duisburger Beamte allein 258 lediglich auf Kesselrevisions-geschäfte, 118 auf Kesselrevisionen, verbunden mit Fabrikrevision, und nur 47 auf Gewerbeaufsichtsgeschäfte allein. Der Aachener Aufsichtsbeamte verwannte von 546 Dienstagen 119 ausschließlich und 185 Tage theilweise auf Dampfesseluntersuchungen, wie er sagt reichlich die Hälfte der dienstlichen Zeit. Nehulich äußert sich der Beamte für Arnberg.

Für eine unbedingte Trennung der Gewerbeaufsicht mit der Dampfesselprüfung tritt der Nachtheile wegen, die die Vereinigung beider gezeit hat, nur der Regierungs- und Gewerberath Bökel in Köln ein; für Uebertragung eines Theiles der Dampfesselprüfungs-geschäfte an besondere Kesselrevisoren der Aufsichtsbeamte für Trier. Deutlich genug geht aus fast allen Berichten hervor, daß die Gewerbeinspektion infolge der Verwendung der Zeit der Aufsichtsbeamten für Kesselprüfung beeinträchtigt wird; aber sonderbarer Weise wird die Trennung nur von einem Einzigen gefordert. Ist es die ablehnende Haltung der Regierung, mehr Beamte einzustellen, die sie verstimmen macht, oder sind die eventuell dahin geäußerten Ansichten etwa überlebt worden? Es wird sich, wie wir sehen werden, herausstellen, daß Eines von Beiden eine dringende Nothwendigkeit ist: entweder die Uebertragung der Kesselrevisionen an besondere, oder Vermehrung der Zahl der vorhandenen Aufsichtsbeamten.

Ueber die von den Ortspolizeibehörden geübte Revisions-thätigkeit sprechen sich mehrere Beamte übereinstimmend wenig günstig aus. Der Potsdamer und auch der Wiesbadener Aufsichtsbeamte haben, weil ihre Anordnungen von diesen nicht befolgt wurden, Beschwerde beim Landrath und sogar beim Regierungspräsidenten erhoben.

Eine ganze Reihe Aufsichtsbeamte konstatieren, daß sie recht oft auf die Mithilfe der Polizeiorgane wegen deren Unkenntniß der gesetzlichen Bestimmungen verzichten mußten, öfter empfielen es sich, auch die Polizeibehörde mit keinen Maßnahmen zu betrauen, wenn nicht das gute Einvernehmen mit den Betriebsinhabern gerührt werden sollte.

Dem Koblenzer Beamten schien es nach Aeußerungen verschiedener Fabrikanten, als ob der Revision durch die Ortspolizeibehörde in manchen Fällen eine Beschränkung der Gewerbeunternehmer vorausgegangen wäre.

Der Aufsichtsbeamte für Oppeln findet die Mithilfe der Polizeiorgane oft garnicht angebracht, da ein großer Theil der Fabrikanten die Vornahme einer Nachrevision durch untergeordnete Polizeiorgane als eine Kränkung empfinden und gegen die von diesen erlassenen Vorschriften großen Widerwillen zeigen. Wenn die Vorschriften nur zu Recht erlassen und notwendig sind, dann sollte man eigentlich so große Rücksicht auf die getränkten Unternehmer garnicht gelten lassen, manchmal ist die Nachrevision der Polizei von größerem Nutzen als die Hauptrevision der Aufsichtsbeamten, aus welchen Gründen, ist leicht zu errathen. Außerst günstig über die Ortspolizeibehörden äußert sich der Aufsichtsbeamte für Schwesig und Müllers; der Letztere, so weit es sich um Ueberwachung der ferneren Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Die Aeußerungen über die Ortspolizeibeamten seitens der Gewerberäthe, ob günstig oder nicht, beschäftigen uns, was wir schon oft hervorhoben, nämlich, daß den Polizeiorganen die Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen nicht übertragen werden dürfte, indem dieselben zu wenig mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut sind, und andererseits, wie aus der Andeutung des Koblenzer Beamten ersichtlich, nicht gewissenhaft genug sind, weß gar mit dem Unternehmertum liessigeln und die demselben unangenehmen Bestimmungen nicht zur Ausführung bringen.

Das Verhalten der Arbeitgeber bei Revisionen ist den Beamten gegenüber ein befriedigendes zu nennen. Das Verhältnis läßt im Allgemeinen nichts zu wünschen übrig.

oder „ist durchaus befriedigend", „dauernd gut", „es macht sich ein immer mehr wachsendes Vertrauen bemerkbar", „das Verhältnis blieb ungestört, trotzdem erhebliche Anforderungen an Schutzvorrichtungen usw. gestellt wurden", „es war ein gutes Einvernehmen vorhanden", „es konnten im Allgemeinen gute Beziehungen unterhalten werden", so lauten die Aussprüche der einzelnen Aufsichtsbeamten. In mehreren Fällen ist ihnen bei ihren Revisionen Widerstand entgegengesetzt worden, sie sind mit Thätlichkeiten bedroht und beschimpft worden. Neu dürfte sein, daß 2 Beamte des Charlottenburger Inspektionsbezirks, der eine von einem Werkmesser, der andere von einem den Industriellen vertretenden Ingenieur gröblich beleidigt worden sind; daß sich unter den Unternehmern auch eine Anzahl fanden, welche die Befichtigung ihrer Establishments lästig empfanden, und mehrere die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen erst einführten, als sie polizeilicherseits dazu gezwungen wurden — unter Letzteren befanden sich auch zwei ostpreussische Schnapsbrenner; ob sie zu den nothleidenden Junkern zählten, ist im Bericht leider nicht gesagt — darf nicht Wunder nehmen, ist es doch genugsam bekannt, daß die Unternehmer von jeher Gegner jeder Arbeiterschutzgesetzgebung waren, weil sie ihnen angeblich größere Pflichten auferlegte; sagt doch der Aufsichtsbeamte für Charlottenburg, daß die Arbeitgeber „in hohem Maße ihrer verbitterten Stimmung über die Ungunst der Zeiten und die durch die neuere Gesetzgebung ihnen auferlegten Pflichten unerböhlichen Ausdruck gaben." Inwiefern diese verbitterte Stimmung über die ihnen durch die Arbeiterschutzgesetzgebung auferlegten Pflichten berechtigt ist oder nicht, darüber wollen wir an dieser Stelle nicht rechten, daß aber Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt werden müssen, ist eine Nothwendigkeit, und daß die Kosten für den Schutz Derer, die vom Unternehmertum ausgebeutet werden, Niemand anders tragen kann, als die Ausbeuter selbst, ist ganz selbstverständlich. Ungehört aber ist es, wenn das Unternehmertum den ihre Pflicht erfüllenden Beamten seinen Unwillen durch eine abstoßende Behandlung äußern läßt. Uns nimmt auch diese Handlungsweise nicht Wunder, ist es doch bekannt, daß der Bourgeois, der prophehafte Großunternehmer die Beamten im Allgemeinen nur als seine Lauff Jungen betrachtet und dann eilig wird, wenn diese Beamten in Erfüllung ihres schweren Berufes es wagen, dem Herrn auch nur ganz leise auf die Fühneraugen zu treten; sein ganzer Stolz seine Erhabenheit, aber auch zugleich Mißachtung und Mißtrauen, wird in ihm wachgerufen, und dann wehe dem armen Beamten! Man denke nur an den Gewerberath Dr. Wörrichshofer und die Intriguen des badischen Unternehmertums, und man wird das Gesagte bestätigt finden.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag

Jand am 6. Oktober und folgende Tage in Dresden statt. Nach einer Rede Liebknecht's, in der er auf die Entstehung und Entwicklung der Partei hinwies, wie auch auf den vergeblichen Kampf der Gegner, die Sozialdemokratie zu vernichten, trat der Parteitag an die ihm vorliegende Arbeit, deren größte und bedeutendste die Verathung der Agrarvorlage war. Anwesend sind 221 Delegirte, die 219 Kreise vertreten. Außerdem war Genosse Dr. Ellenbogen aus Wien als Gast und Beauftragter der österreichischen Sozialdemokratie anwesend; er wurde aber, angeblich weil er am Schluß seiner Begrüßungsrede ein Wort auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht hatte, von der Dresdener Polizeibehörde der Stadt und Provinz verwiesen. Bemerkenswert ist hierbei gleich, daß der Parteitag auf einen von den Dresdener Parteigenossen zu Ehren der Delegirten arrangirten Komers deshalb verzichtete, weil die Polizeibehörde angeordnet hatte, daß bestimmte sozialdemokratische Lieder nicht gesungen werden dürften. Für die rumänische Partei war Dr. Simca erschienen.

Nach den üblichen und erforderlichen Besuchen spricht zunächst Genosse Pfanhuch ergänzend zu dem gedruckt vorliegenden Thätigkeitsbericht des Parteivorstandes. Leider müssen wir es uns Raummangels halber versagen, näher darauf einzugehen, wir können dies auch um so eher, als alle politischen Tagesblätter die Berichte ausführlich gebracht haben und auch in kürzester Zeit das Protokoll zur Ausgabe gelangen wird. In der Diskussion zu dem Bericht wurde beantragt, denjenigen Reichstagsabgeordneten, die von der Partei angestellt sind und ein Einkommen von M. 3000 beziehen, keine Reichstagsabgaben zu zahlen. Der Antrag wurde abgelehnt. Desgleichen ein Antrag: In Parteigeschäften die Akford- und Nacharbeit abzuschaffen; hauptsächlich waren es Gründe technischer Natur und finanzielle Rücksichten für die Geschäfte selbst, welche zur Ablehnung führten. Prinzipiell war wohl die Mehrheit der Delegirten für Abschaffung der Akfordarbeit.

Ein Antrag, die „Neue Zeit" in eine Monatschrift umzuwandeln, dagegen den „Sozialdemokrat" bestehen zu lassen, wurde abgelehnt. Die „Neue Zeit" erscheint nach wie vor jede Woche und der „Sozialdemokrat" wird vom 1. Januar 1896 sein Erscheinen deshalb einstellen, weil sein Weitererhalten wegen zu geringer Abonnentenzahl unmöglich, und die Fortsetzung, wie von Anfang an, immer größere Zuschüsse würde kosten müssen.

Zu dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion, den Genosse Sturm erstattet, liegen eine ganze Reihe Anträge vor, die der Fraktion zum großen Theile zur Vernehmlichung überwiesen werden. So u. A. der Antrag auf Einführung des Achtstundentages. Ferner auf Vereinfachung der ganzen Sozialgesetzgebung (Aranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung). Ein Antrag auf Einbringung eines Gesetzes, die freien Hülfskassen wie auch die Fabrikassen einzuführen, findet Ablehnung durch Uebergang zur Tagesordnung. Ein Antrag: Die Fraktion wolle im Reichstage beantragen, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbeordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden, wird der Fraktion überwiesen.

Eine lange eingehende Debatte, die zum Theil recht personell ansetzte, veranlaßte die Agrarvorlage. Während Dr. R.

Quard als Berichterstatter der Agrarkommission den Entwurf zur Annahme empfahl, befürwortete Schippel als zweiter Berichterstatter der Kommission deren Ablehnung.

1. Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verworfen, denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht.

2. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen, Gesetze hat, die zu beachten und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Lande eine gezielte Wirkung entfalten soll.

Mit der Annahme dieser Resolution wird die Agitation auf dem Lande selbstverständlich nicht aufhören, im Gegenteil immer stärker entfaltet werden. Die Partei wird bestrebt sein, die bäuerlichen Verhältnisse besser kennen zu lernen und unermüdet bestrebt sein, immer mehr Fühlung mit der ländlichen Bevölkerung zu haben und eine bessere Verbindung zwischen ländlicher und industrieller Bevölkerung herbeizuführen.

Ueber die Reisezeit im Jahre 1896 referiert Bebel bezüglich der allgemeinen Arbeiterfrage will er den Gewerkschaften in erster Linie die Aufmerksamkeit übertragen und empfiehlt folgende Resolution, die gegen 2 Stimmen Annahme findet:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Bekämpfung und dem Weltfrieden.

Als würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterfrage, daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeiterfrage feiern lassen, Arbeitstage einzuführen zu lassen.

Im Jahr 6: Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London 1896, sagt Bebel aus, daß bisher von einer Tagesordnung noch nichts bekannt sei. Nach dem Beschlusse von Zürich wird aber über die Agrarfrage verhandelt werden, allerdings würde es sich wahrscheinlich nur darum handeln, was die prinzipielle Stellung der Arbeiter der Kulturwelt sein soll.

Zurück der nicht Beschlüssen der englischen Gewerkschaften würden vielleicht Fragen auf die Tagesordnung kommen, die die Gewerkschaften mehr als die Tagesordnungen der bisherigen internationalen Kongresse interessieren und besprechen werden. Eine Erklärung zu nehmen.

Angenommen wurde folgende Resolution: Der Parteitag fordert die Parteimitglieder auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongress für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und momentan für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu betheiligen.

Ueber Punkt 7: Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterfrage referiert E. von. Berlin. In diesem Zusammenhang die gemeinsamen Forderungen in der Hausindustrie bezeichnen, die haben sie in fünf Abschnitten vorzutragen, nämlich: 1. Ueber die Forderungen der Arbeiter, 2. Ueber die Forderungen der Arbeiter, 3. Ueber die Forderungen der Arbeiter, 4. Ueber die Forderungen der Arbeiter, 5. Ueber die Forderungen der Arbeiter.

Folgende Resolution wird angenommen: Die moderne Hausindustrie ist die demokratischste Form des kapitalistischen Gewerkschaftes. In der Hausindustrie vermag

der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Heizung und Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzumwälzen, die Ausgaben für die vor-schriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden; kann er die billigen und widerstandsunfähigen Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — im weitesten Umfange der rücksichts-losten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeiter die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters (Sweater) treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie auf's Außerste.

Die Hausindustrie überläßt ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenverdienst zu suchen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei, im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreislagen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeisterthums, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Löhne zu unterstützen.

Es ist ferner folgender Antrag eingegangen:

Der praktische Durchführung der von unserer Partei verlangten gesetzlichen Bestimmungen gehört der Druck von unten. Daher ist es eine unerlässliche Nothwendigkeit, durch energische Agitation in den breitesten Schichten des Volkes Klarheit über die Fragen der Erweiterung des Fabrik-Arbeiterschutzes im Sinne des Antrages 96, 2. sowie im Sinne des Referates Limm zu schaffen, und der Parteitag verpflichtet deshalb den Parteivorstand, eine solche Agitation in der nächsten Zeit in Szene zu setzen.

Damit waren die Hauptarbeiten des Parteitages zu Ende. Erwähnen wollen wir noch, daß die Parteigeschäfte des Vorstandes, sowie die Thätigkeit der Reichstagsfraktion wie auch der der Landtage die Billigung des Parteitages fanden. Der bisherige Vorstand wurde widerspruchlos wiedergewählt. Der nächste Parteitag wird in Göttingen abgehalten.

Ueber zu geringen polizeilichen Schutz hatte sich der Parteitag nicht zu äußern. Im unteren Stockwerk, woselbst er tagte, war eine ständige Polizeiwache eingerichtet, und in der Nähe des Lokals wimmelte es von Fideleuten. Wenn der Parteitag nicht angegriffen werden wollte, hatte er es zu unterlassen, einen Ankläger sprechen zu lassen, so ungefähr lautete der „arte“ Hingezug, den die Polizei gab. Breslau ist von der russischen Grenze nicht weit entfernt, daher kein Wunder, wenn in ihm russischer Wind weht. Die Sozialdemokratie marschirt unbehindert weiter, trotzdem und alledem.

Sozialpolitische Kundschau.

Kommt ein reaktionäres Vereinsgesetz für Preußen? Vor kaum zwei Wochen zirkulirte das Gerücht in jenen genannten halboffiziösen Blättern, daß dem preussischen Landtage ein neues Vereinsgesetz nach dem Muster des sächsischen „Juwels“ vorgelegt werden solle. Jetzt werden diese „Gerüchte“ als unzuverlässig bezeichnet; Preußen denke an keine Revision des bestehenden Vereinsgesetzes, so heißt es. Gegenüber den überal gehörten Unkenntnissen über die Beschäftigungsverhältnisse laun zwei Stunden zu verdienen, um so weniger, als an ein neues Vereinsgesetz, das Ideal aller Reaktionäre, nicht zu denken ist, wenn auch von bekannter Stelle der Wunsch ausgesprochen wird, daß das deutsche Volk sich doch endlich ermannen möchte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Regierung beabsichtigt, möglichst mit einer Vorlage hervorzutreten, und deshalb nur wünschen kann, daß die breiten Massen des Volkes nicht vornehmlich durch die eventuelle Stellungnahme dagegen aufgereizt werden. Es gilt also nachzusehen auf der Hut zu sein, als auch die sächsischen Reaktionäre, die mit ihrem „Juwel“ sogar zur Zeit der Umwälzung ohne eine Verhinderung bewiesen aufzukommen meinten, nun plötzlich finden, daß das-jelbe ungenügend ist. So wird z. B. in einem Wahlaufruf des Nationalliberalen Vereins für das Königlich Sachsen verlangt, das sächsische Vereinsgesetz insoweit zu ändern, daß jüngere Leute mindestens bis zur Großjährigkeit von der Theilnahme an politischen Versammlungen ausgeschlossen werden sollen, „um das nachwachsende Geschlecht vor der Anführung mit dem Gift, das von den sozialdemokratischen Führern ausgeht, zu bewahren.“ Es ist sogar die Frage anzuwerfen worden, ob nicht von der Theilnahme an politischen Versammlungen Unmündige, vielmehr selbst junge Leute bis zur Erringung des Wahlrechts ausgeschlossen sein.

Es ist freilich bemerkenswert, daß die „Leipz. Volkszeitung“: „Was ist nach unter 25 Jahren ist, wobei die sächsischen-reaktionären Kreise natürlich unermüdet machen! Mit 20 Jahren wird ein junger Mann für fähig gehalten, das Vaterland zu verteidigen, mit 21 Jahren hat er das Alter erreicht, das ihn rechtlich unabhängig und fähig macht, über seine Person frei zu verfügen und gerichtlich und außergerichtlich zu disponieren, aber um eine politische Verantwortung zu übernehmen, bedarf es nach den Nationalbestimmungen eines Alters von 25 Jahren!“ Wo die sächsischen Reaktionäre, in die Vereinsfreiheit des arbeitenden Volkes in Betracht kommt, immer mehr nach rückwärts gehen, werden die preussischen Reaktionäre auf diesem

Wege folgen, das ist sicher, und deshalb hat das arbeitende Volk auch alle Ursache, doppelt auf der Hut zu sein.

Der Erfinder der Holzstoff- und Papierfabrikation, Keller, hat, wie so Viele, seine Erfindung nicht auszunutzen können, vielmehr hat er sie einem Kapitalisten zur Ausbeute überlassen müssen. Keller war ein armer Teufel, er hat jedenfalls nicht gemahnt, daß seine Erfindung so vielen Papierfabrikanten Millionen in die Taschen bringen, er selbst aber ein armer Teufel bleiben würde. Bötter hieß der erste Holzstoff-fabrikant, der dem Erfinder Keller, als dieser von seinem Patent zurücktrat, weil er nicht die Mittel hatte, die Kosten zu bezahlen, das Verjahren gab, seiner Später zu gedenken, wenn ihm das überlassene Patent etwas einbringen sollte. Bötter ist ein reicher Mann geworden; mehr als 30 Jahre hat er aus der Erfindung Keller's Kapital geschlagen, aber niemals hat er sich seines Verjahrens dem Proletariat Keller gegenüber erinnert. Undank ist eben der Welt Lohn. Vor Kurzem nun haben sich die Holzpapierfabrikanten des Begründers ihres Erwerbs erinnert und ihm eine Ehrengabe von M. 12 000 überreicht, die, wie es in der „Holzindustriezeitung“ heißt, den Lebensabend Keller's zu einem freudlichen und sorglosen gestalten werden. Sie haben diese Summe dem Proletariat Keller gegeben, um sie höchst wahrscheinlich den Arbeitern so bei Kleinem abzugeben. Es ist ja bekannt, daß gerade die Papierfabrikanten mit zu denen gehören, die die niedrigsten Löhne zahlen, die Arbeiter am meisten ausbeuten und das Bischofen Arbeiterschutzes am meisten bekämpfen.

Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit. In London beschäftigen die Leiter der East India- und Millwall-Docks eine größere Anzahl Frauen beim Entladen von Schiffen. Die Beschäftigung der Frauen geschieht nicht wegen Mangel an männlichen Arbeitskräften, sondern nur der Billigkeit wegen. Den kapitalistischen Standpunkt ist überall der selbe. — In Dresden werden nach einer in den Bezirksämtern aufgenommenen Statistik über 3500 Schulkinder in der schulfreien Zeit tagtäglich mit Aufträgen von Zeitungen, Frühstück und Milch, tagtäglich, beauftragung von Kindern, fürw. gegen Geld beschäftigt. Die schädlichen Folgen der übermäßigen Anstrengung für den Schulunterricht sind nur zu ersichtlich. — In dem städtischen Kindergarten in der Gumpertstraße bei Treptow a. T. werden, wie pommerde Blätter zu entnehmen ist, in diesem Jahre nicht mehr Tagelöhner aus den umliegenden Dörfern als Unschlüsssarbeiter herangezogen, sondern die schulpflichtigen Kinder der Tagelöhner am Ort. Wenn um 8 1/2 Uhr nach zweieinhalbstündigem Unterricht die Schule geschlossen ist, so rennen die Kinder frohlockend auf's Feld, um Hüben durchzuwaden u. dergl. Zu Mittag wird eine Stunde Pause gemacht, und dann wird weiter gearbeitet bis zum späten Abend. Zur Bewältigung der häuslichen Schularbeit, die bei täglich zweieinhalbstündigem Unterrichte durchaus notwendig ist, bleibt den Kindern keine Zeit; in der Schule selbst zeigen sie sich berast übermüdet, daß sie während des Unterrichts einschlafen. Welche Höhe der Kultur!

Aufrichtigkeit oder Heuchelei? Mit welcher einer Wuth die „Ordnungslämpen“ über die sozialdemokratischen Agitatoren respektive über die sozialdemokratischen Parteiblätter herfallen, wenn sie die Mißstände, unter denen die ausgebeuteten Opfer der heutigen privatkapitalistischen Produktion zu leiden haben, ans Licht ziehen, ist allbekannt. Man spricht immer von einer „Berührung“, wenn die Arbeiter darauf hingewiesen werden, daß sie die Pflicht haben, solche traurigen Zustände zu bekämpfen und bestrebt sein müssen, auf dem Wege der Organisation mit gesetzlichen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Daß es nun auch einem „Ordnungsorgan“ passiert ist, vielleicht unbewußt oder mit schlauer Berechnung, auf vorhandene Uebelstände hinzuweisen, daß nämlich die Kinder der Arbeiter unter nicht genügender Obhut sind, und der Verdienst der Eltern nicht ausreicht, um solche für sie zu schaffen, tritt das ordnungs-parteiliche Organ, das „Leipziger Tageblatt“, für staatliche Klein-Kinderbewahranstalten ein, natürlich um dann die Mütter der Arbeiterkinder mit ruhigerem Gemüthe in den Dienste und im Interesse des Unternehmerprofits — besser aus-mergeln zu können. Das Blatt schreibt: „Unzweifelhaft sind die Kinder glücklich zu preisen, die in der Familienstube unter dem wachenden Auge einer verständigen und liebenden Mutter sich entwickeln können. Aber eine solche Familienstube ist vielfach garnicht mehr vorhanden, und leider nur zu oft hat die Mutter garnicht Zeit, ihre Kleinen rationell und fürsorglich zu führen und zu versehen. Das liegt aber in den modernen Erwerbs- und Wohnungsverhältnissen speziell in den Industriestädten. Die Mutter geht, den Verdienst des Mannes ergänzend, dem Broterwerb nach; dieser hält sie oft den ganzen Tag vom Hause fern. Aber auch der gemeinsame Verdienst reicht gewöhnlich nicht zu, eine richtige, echte Familienstube für sich allein zu haben...“ Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ verurtheilt sehr richtig, daß das Leipziger „Ordnungsblatt“ Breche für den Landtagskandidaten Dr. Schill legen wollte und bemerkt deshalb durchaus treffend: „So zutreffend diese Schilderung ist, so wenig wird der vom „Leipziger Tageblatt“ als Landtagswahlkandidat empfohlene Dr. Schill, der Freund der Dividendenjäger, den Finger rühren, für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen etwas beizutragen.“

Wohnungsseind in Köln. Ein wenig erfreuliches Bild über Wohnungsverhältnisse bietet die Stadt Köln. Auf Grund amtlicher Erhebungen ist zunächst festgestellt, daß 7,5 pSt. aller Wohnungen leer stehen. Das ist schlimm, denn selbst die wohlmeinendsten Kenner der Frage halten einen vierprozentigen Ueberschuß in einer Großstadt für mehr als ausreichend. — Die erscheinend starke Anknüpfung der Wohnung, und auch die nicht billigen Wohnungspreise zurückzuführen ist, liefern folgende Differenz: In 423 einzimmerigen Wohnungen wohnen sich Familien von 3 bis 4 Personen, in 252 solche von 6, in 15 sogar von 9 in 4 solcher Wohnungen von 10 Personen an! In zweizimmerigen Wohnungen wohnen 7094 Menschen. 18072 Wohnungen befinden überhaupt nur aus zwei Räumen! Drei von ihnen wurden von je 14, zwei von je 16 Personen bewohnt. 7506 Wohnungen befinden aus einem Raum, von welchen nur 2829 von einer Person bewohnt werden. Diese ungeheuerlich schmalen alten Bestände jeder Großstadt sind es ja, die den Feinden des Grundeigentums immer auf's Neue die Waffen für ihre Angriffe liefern. Die kleinen Leute wissen es wohl, daß der Einfluß schlechter Wohnungen auf Gesundheit, Moral,

Stilleheit unlegbar ist. Aufgabe der Städte selbst ist, durch Sanierung der zu Seuchenherden gewordenen Wohnungen unter korrekter Entschädigung der Besitzer Platz für Neues zu schaffen.

Wohler diese Stellen kommen? Der Schlussatz zeigt den Pferdefuß nur zu deutlich: Aus der Hamburgischen „Grund-eigentümerzeitung“: „Können die Wohnungsverhältnisse einer Großstadt elender sein, als sie sich in den vorstehenden Zeilen offenbaren? Der Hamburger Grundeigentümerverein und sein Organ brachten, um elende Wohnungsverhältnisse aufzuklären, sich garnicht erst nach Köln zu wenden, in Hamburg liegen sie mindestens ebenso traurig, wenn nicht noch ungünstiger. Die Cholera 1892 hat hier wahrlich Zustände im Wohnungsweesen aufgedeckt, die jeder Beschreibung spotten, aber auch ein Elend in diesen Höhlen offenbart, das jedem Menschenfreunde das Blut erstarren machte, was allerdings die wackeren Kämpen des Grundeigentümervereins in der Hamburger Bürgerchaft nicht hindert, für Besetzung zu plädieren und zu stimmen, laut welchen den armen und elenden Höhlenbewohnern Alles, selbst der letzte Strohsack genommen werden kann. Sollen die zu Seuchenherden gewordenen Höhlen aber beseitigt werden, so kann dies nur geschehen, wenn der Hamburger Grundeigentümerverein es will und den einzelnen Besitzern der Seuchenhöhlen von Staatswegen ein Preis geboten wird, für den ein Palast an die Stelle gesetzt werden kann, geschieht das nicht, dann mag das arme Pöbel in seinen Seuchenhöhlen weiter wohnen.“

Unternehmer = Wahnsinn hat es fertig gebracht, von dem Genossen Jaurès in Paris einen Schadenersatz von Frs. 100000 im zivilgerichtlichen Verfahren zu verlangen, weil er und die sozialistischen Zeitungen sich für die Ausständigen in Charmauz verwendet haben. Der Fabrikant sah in dieser Einmischung und Parteinahme für die Ausständigen eine Ungeheuerlichkeit und sagt: dieselben hätten kein Recht, sich in einen Streit zwischen Unternehmer und Arbeiter einzumischen, da das Gesetz jeder Person, die das betreffende Gewerbe nicht ausübt, den Eintritt in die Gewerkschaft verbietet. Nicht um industrielle Interessen zu schützen, handele es sich, sondern um dem Unternehmertum eine Schlacht zu liefern, um dem Sozialismus einen Sieg zu verschaffen und die Unternehmer den Arbeitern unterzuordnen. Auf die Entscheidung in diesem Zivilprozeß darf man um so mehr gespannt sein, als kaum anzunehmen ist, daß das Gericht jemals der Meinung sein kann, den Arbeitern stehe kein Recht zu, von der Press- und Redefreiheit in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertum Gebrauch zu machen und ihre nicht streikenden Genossen um materielle und moralische Unterstützung anzugehen. Sollte es aber wirklich der Fall sein, daß das Gericht das Interesse eines Unternehmers mit Recht und Gesetz identifiziert und deshalb in der angeklagten Schädigung des Unternehmers eine Gesetzesverletzung erblickt, dann können die Arbeiter Frankreichs mit gutem Gewissen behaupten, daß die französische Justitia eine feile Dirne des Unternehmertums ist, werth, von jedem ehrlich und rechtlich denkenden Menschen in's Angeficht gespien zu werden. Hoffen wir im Interesse ihres Ansehens, daß sie von dieser Schmach verschont bleibe.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Willingen. In der letzten Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle wurde auch die eigenmächtige Handlung des Vorstandes in Betreff der „Ferienwoche“ besprochen, und wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, uns dem Protest der Dortmunder Kollegen anzuschließen. Auch wir sagten uns, daß über die Bewilligung der Ferienwoche zuerst die Mitglieder gehört werden müßten, ehe der Vorstand dieselbe verwirklichen konnte, und wurde deshalb das Vorgehen desselben als eine eigenmächtige Handlung bezeichnet, die überall den Protest der Kollegen hervorrufen müsse. Wir schlagen deshalb vor, daß, bevor im nächsten Jahre von der Ferienwoche wieder Gebrauch gemacht wird, eine Urabstimmung hierüber unter den Mitgliedern vorzunehmen sei.

Offenbach. Die über die Möbelwerkstatt von S. Klimm und die Werkzeugmaschinenfabrik von Collet & Engelhardt verhängte Sperre ist aufgehoben, da eine Einigung herbeigeführt wurde. Die Kollegen der ersteren Werkstätte hatten das Ersuchen an den Arbeitgeber gerichtet, einen ihrer Mitarbeiter zu entlassen, da sie Gründe genug hatten, mit demselben nicht mehr länger zusammen zu arbeiten, oder aber sie würden dann selbst gehen. Herr Klimm versprach der Lohnkommission, die mit der Angelegenheit betraut wurde, dem Joller, so ist sein Name, in 14 Tagen zu kündigen, da Herr Klimm sein Versprechen angeblüh aus für ihn wichtigen Gründen nicht hielt, und, wie er sagte, nicht halten könne, weil er sonst finanziellen Schaden erlitten, da Joller Vorschuß habe, den er in zwei weiteren Wochen erst abarbeiten solle, — so legten die Kollegen sofort die Arbeit nieder. Jedoch innerhalb zwei Tage erklärte Herr Klimm, daß er den Joller so lange außer dem Hause beschäftigen würde, bis er mit ihm quitt sei und ihn dann entlassen wolle. Daraufhin haben die Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Den ihnen von der Lohnkommission gemachten Vorwurf, nicht korrekt gehandelt zu haben, weisen sie mit der Notiz zurück, der Hauptzweck, den Joller aus der Werkstätte los zu sein, sei erreicht, folglich habe ihrem Wiedereintritt in die Arbeit nichts entgegen gestanden. — In der Werkzeugmaschinenfabrik von Collet & Engelhardt handelte es sich um die plötzliche Entlassung eines Kollegen, der schon acht Jahre dort gearbeitet hatte, angeblich, weil er in seinen Leistungen den Anforderungen des Geschäfts nicht mehr genüge. Die Kollegen hatten allen Grund, diese plötzliche Kündigung als eine Maßregelung zu betrachten, um so mehr, als sie vermuteten, daß ein höheres Verbandsmitglied, Namens Dündel — den wir wegen Beschimpfung von Parteigenossen, den Verband und Verbandsvorstand aus dem Verbanne ausgeschloffen hatten — die Hand dabei im Spiele gehabt haben würde. Als die Lohnkommission bei den Herren erschien, wurde der Kollege unter Einbindung von Joller für 14 Tage sofort entlassen. Das Ende der Kündigungstrift wurde also nicht abgewartet. Wie im ersten Falle bei Klimm forderten auch hier die Kollegen die Entlassung von Dündel. Falls die Firma am kommenden Sonnabend auf die Kündigung des Dündel nicht eingegangen würde, wollten sie kündigen. Am genannten Tage hatten dieselben noch 2/3stündiger Unterhandlung mit der Firma aber ihre Forderung vergessen und begnügten sich damit, daß der herbeigerufene Dündel er-

klarte, „er sei noch nie nach etwas gefragt worden“, und die Firmeninhaber die Erklärung abgaben „Dündel habe ihnen nie etwas gesagt“; und die Kollegen sind geblieben, vertrauend auf das gegebene Ehrenwort, daß Niemand von ihnen entlassen werde. Die 2/3stündige Verhandlung bewies uns deutlich genug, daß, wenn die Arbeiter dem Unternehmertum mit der nötigen Energie entgegenzutreten, wird dasselbe Achtung und Respekt vor ihnen haben, wie dies aber seitens der Kollegen geschehen ist, war das freilich ausgeschlossen. Den Kollegen wurde denn auch in der Sitzung am selbigen Abend ein scharfer Verweis wegen ihres eigenmächtigen infortrekten Handelns erteilt und bedauert, daß sie sich hätten Honig um den Bart schmieren lassen. Es wird sich ja nun zeigen, wie die Herren ihr Ehrenwort halten.

Die Lohnkommission. Am Samstag, den 5. Oktober, hielt die hiesige Zahlstelle eine öffentliche Arbeiterversammlung ab, in welcher Genosse Reichel aus Stuttgart über Zweck und Ziele der politischen und gewerkschaftlichen Organisation referierte. Die Versammlung, welche zwar schwach besucht war, spendete dem Referenten am Schluß seines interessanten, Jedermann leicht verständlichen Vortrages reichlichen Beifall. Da keine Gegner anwesend waren, oder die wenigen anwesenden nicht den Muth hatten, mit uns in eine Diskussion einzutreten, so verließ die Versammlung ohne nennenswerthe Diskussion. Nachdem Kollege Keiling noch in scharfen Worten das Verhalten der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine hieselbst, sowie die Wohlfahrts-einrichtungen der Württembergischen Metallwaarenfabrik getadelt, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. Die Gewerksvereiner, die immer aus sicherem Hinterhalt ihre verläumberischen Pfeile gegen uns und unsere Organisation senden, fanden es nicht der Mühe werth, zu erscheinen, trotzdem dieselben von uns schriftlich, theils auch persönlich, zur Diskussion eingeladen wurden, oder sie hatten nicht den Muth, öffentlich mit uns in gegenseitigen Meinungsaustausch zu treten. Anders als die Gaislinger Versammlung verlief die auf Sonntag, den 6. Oktober, Abends 6 Uhr, in Altenstadt anberaumte Versammlung, in welcher derselbe Referent über das obige Thema sprach. Derselbe suchte in 1 1/2 stündiger Rede an der Hand eines reichen Materials die Nothwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nachzuweisen, und zeigte ferner an mehreren Beispielen und thatsächlichen Beweisen, daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ein Hemmschuh unserer modernen Organisation seien. Darob bei den Anhängern derselben große Entrüstung. Durch laute Protestrufe gaben sie zu erkennen, daß die Worte des Referenten geessen haben. Der Tumult wurde so groß, daß Redner nur mit Mühe zum Schluß kommen konnte, worauf demselben am Schluß stürmischer Beifall spendet wurde. In der darauf folgenden Diskussion meldeten sich mehrere Gegner zum Wort, meist Gewerksvereiner, welche im Grunde genommen den reinsten Unfuss vorbrachten; der Eine wußte nicht, sollte er rechts oder links, der Andere der Gewerksvereiner war, hegte selbst an seiner Organisation Zweifel usw. Besonders beachtet zu werden verdient wohl die Rede des Fläschnermeisters V. Müller, Vorstand der Fläschner- und Metallarbeiter-Gewerksvereine. Derselbe behauptete u. A., daß die Arbeiter hierorts wohl zufriedener sein könnten, da hier verhältnismäßig die besten Löhne bezahlt würden, somit der Arbeiter keinen Grund hätte, fortwährend über die Kapitalisten zu schimpfen und den Klassenhaß dadurch zu schüren. Es seien Viele in unseren Reihen, die, wenn sie die wirklichen Verhältnisse der Sozialdemokratie wüßten, jedenfalls nicht mit uns kämpfen würden. Wir möchten ihre Statuten durchlesen und bei ihnen eintreten, denn die Gewerksvereine seien die einzigen den Arbeitern nützlichen Organisationen usw. Kollege Preßmar widerlegte dessen Ausführungen vortreflich und gab zu verstehen, daß es gerade bei uns umsomehr Pflicht sei, für die Kollegen und Genossen, die mit Hungerlöhnen abgebeißt werden, zu kämpfen usw. Hierauf sollte der Referent das Wort zur Erwiderung erhalten, worauf der Vorstand des Gewerksvereins, Müller, das zweite Mal das Wort verlangte. Der Referent trat, um Antischaufkeiten, wie sie von Müller bereits provoziert wurden, zu vermeiden, an denselben sein Recht ab und ließ denselben vorher zu Wort kommen. Als derselbe aber in seiner Rede ermahnte, noch größeren Unfuss als zuvor vorbrachte, selbst Beleidigungen auf die Versammlung auszuüben, da war die Geduld derselben zu Ende. Es gab einen Tumult, daß die Worte des Redners nicht mehr zu Gehör kamen und derselbe, nachdem er noch weitere Beleidigungen und Beschimpfungen ausgesprochen hatte, dadurch genöthigt war, die Rednerbühne zu verlassen. Alle Versuche, die Ruhe wieder herzustellen, waren vergeblich. Als der Referent das Wort ergreifen wollte, wurde von dem allbekanntesten Gewerksvereiner J. Haug, der sich bei der Bourgeoisie in Gaislingen schon viele Verdienste durch Sprengung von sozialistischen Versammlungen erworben hat, Schluß der Versammlung beantragt, als noch einige Versuche, dieselbe weiter zu führen, mißlang, da die Gegner durch Fußstapfen und Zwischenrufe weitere Tumulte herbeiführten, so wurde dieselbe um 9 Uhr geschlossen. Kollegen! Hieraus könnt ihr klar und deutlich erkennen, was die Arbeiter in der Zukunft von den Gewerksvereinen zu erwarten haben. Sie gaben vor, die einzige richtige Arbeiterorganisation zu sein; nun, sie haben ja hier den klaren Beweis erbracht, daß ihnen eine freie öffentliche Diskussion hierüber sehr unlieb ist, denn darin müßten sie sich öffentlich verteidigen, und das paßt denselben nicht. Hinterrück die Gegner zu denunzieren, sagt ihnen besser zu, als uns offen entgegenzutreten. Kollegen! Stehet fest zusammen, haltet treu zu unserer Organisation, werbet unermüdet neue Mitglieder für unseren Verband, sammelt immerwährend neue Kenntnisse auf dem Gebiete der Wissenschaft, denn Bildung ist die Pflanze und Wissen ist die Macht des Geistes, mit dessen Schwert wir zu kämpfen haben und kämpfen müssen. Haltet fest an dem vorgestehten Ziel, seid einig untereinander, denn nur dadurch können wir uns die Macht erobern.

Bachmann. Schon im vergangenen Frühjahr wurde von den Arbeitern der Söng'schen Möbelfabrik die Forderung aufgestellt: Abschaffung von Kopf und Logis und Einführung eines Minimallohnes von M. 15. Für hiesige Verhältnisse genügt eine sehr bescheidene Forderung. Infolge ungenügender Einigkeit wurde die Forderung zurückgewiesen, mit dem Vorbehalt, zwar bis Herbst, wenn die vorhandenen Lebensmittel aufgebraucht seien, Kopf und Logis abzuschaffen. Vor 14 Tagen wurde nun in einer Mitgliederversammlung beschlossen, Herrn Söng an dieses Versprechen zu erinnern, der Minimallohn wurde diesmal auf M. 14 reduziert, was zur Folge hatte, daß bis nächste Woche nicht nur Kopf und Logis beim Meister abgeschafft wird, sondern es werden noch verschiedene Mißstände in der Werkstätte abgeschafft werden. Vor 14 Tagen haben nun sämtliche Kollegen,

welche bisher dem Verbanne fernblieben, erklärt, sie wollten in denselben eintreten. Leider sind aber einige darunter, welche jetzt schon wieder sagen: „Was geht mich der Verband an, das hat für mich doch keinen Werth“ usw. Die vorhandenen Mißstände fühlen sie zwar auch sehr gut, sie begreifen aber durchaus nicht, daß nur durch den Zusammenschluß solche Mißstände beseitigt werden können. Ebenso wäre es auch die Pflicht der organisirten Kollegen, wenn sie die Versammlungen besser besuchen wollten, damit man gegenseitig seine Meinung austauschen könnte und das Interesse des Verbandes besser als bisher gewahrt werden könnte, bei den hiesigen überaus traurigen Verhältnissen wäre es wirklich höchste Zeit, daß jeder Kollege ganz energisch für den Verband eintreten würde, denn nur durch Einigkeit haben wir diese bescheidene Forderung bewilligt erhalten, und nur durch Einigkeit können wir unsere weitere Lage verbessern, einzeln aber sind wir ein Spielball des Unternehmers und können dann eben nach Herzenslust ausgebeutet werden und werden eben solche Zustände geschaffen, wie sie in Bachmann an der Tagesordnung sind. Darum auf, schließt Euch der Organisation an, beachtet dann aber auch die Versammlungen und unsere Lage wird sich bald bessern.

Blauen i. W. In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung sprach Kollege Kloss aus Stuttgart über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Infolge der Interesselosigkeit der Arbeiter an der Gewerkschaftsbewegung werde uns der Kampf, die bestehenden mißlichen Verhältnisse zu beseitigen, erschwert, ja dieselben noch mehr verschlimmert. Die Arbeiter haben noch nicht eingesehen, daß es ihnen schlecht geht, denn sonst müßten die Forderungen, die wir durch die internationale Verbrüderung besiegeln, schon längst in die That umgesetzt sein. Redner zeigt, daß durch die technische Entwicklung und die daraus gesteigerte Produktion die Arbeiter immer mehr in's Elend hineintreiben. Die Statistiken beweisen, wie sich auf der einen Seite immer mehr Kapital ansammelt, das selbstverständlich der anderen entzogen wird; das „Theilen“, welches man der Arbeiterpartei so gerne in die Schuhe schiebt, verstanden die Kapitalisten ganz ausgezeichnet, wie könnte es sonst kommen, daß der Bergmann, der unter der Erde 10—12 Stunden arbeitet, jährlich nur M. 640 verdient, während die Direktoren großer Banken Gehälter bis M. 600000 verdienen“ und dabei nur einige Stunden täglich arbeiten. Mittel und Wege zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter seien nur in der Organisation zu finden. Wenn alle Arbeiter das erkannt hätten, dann würde man ihnen zu ihrer Ernährung nicht Stodsch mit Binsen oder Wurfsrübe mit Sauerkraut empfehlen. Arbeiter aller Berufe, lüftet den Schleier, lernt von Euren Segnern, einig sein. Wenn diesen einmal eine geringe Forderung unterbreitet wird, könnt Ihr sehen, mit welcher Ausdauer und Zähigkeit dieselbe zurückgewiesen wird. Versucht, von den niedrigen Bedürfnissen abzukommen, gewöhnt Euch an eine höhere Lebenshaltung und erstrebt höhere Löhne, die Euch das ermöglichen; vor Allem: Organisiert Euch. Nur durch Organisation ist die Erringung kürzerer Arbeitszeit und Erlangung höherer Löhne möglich, denn je kürzer die Arbeitszeit, um so höher die Löhne. Setzt dem Rufe der Kapitalistenklasse: „Verhehret Euch“ den Ruf: „Organisiert Euch“ entgegen. Mit der Wagnung an die Anwesenden, für die Organisation einzutreten, damit recht bald der Tag des Frühlings nahe, an welchem die Menschheit glücklich und zufrieden werde, schloß die Versammlung.

Blauen'scher Grund. Vom hiesigen Gewerkschaftskartell wurde eine Zentralkasse in's Leben gerufen, dieselbe befindet sich in der „Rothen Schänke“, Döhlen. Das Nachtlager kostet für die Zugeressenen 25 Pf., wozu der Verein „Zentral-Kommission“ für organisierte Arbeiter 10 Pf. beiträgt; auch der Kaffee wird zu ermäßigten Preisen abgegeben. Es wäre zu wünschen, daß die hier Zureisenden diese Herberge benutzen, es wird ihnen dadurch Gelegenheit geboten, Aufklärung über die hiesigen lokalen Verhältnisse zu erhalten, indem jeden Abend ein Vertreter des Gewerkschaftskartells anwesend sein wird.

Mittweida. In der hier am 12. d. M. stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung wurde gelegentlich der Besprechung über Verbandsangelegenheiten auch über die in Nr. 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Vorstand bekannt gegebene Ferienwoche diskutiert. Absichtlich wurde das Vorgehen des Vorstandes für unzulässig erklärt. Wenn auch die Gewährung der Ferien aus humanitären und hygienischen Gründen nicht zu verwerfen ist, so hätte aber der Vorstand doch nach Ablehnung seitens des Ausschusses nicht in so eigenmächtiger Weise handeln sollen, er hätte sein Verlangen im Verbandsorgan bekannt machen und eine Abstimmung, wie es bei Streiks geschieht, anordnen sollen. Im Weiteren wurde aber auch der egoistische Standpunkt der Dortmunder Kollegen verurtheilt, wenn sie schreiben: „Was sollen Lariende von Mitgliedern dazu sagen, denen die Gehälter der Verbandsbeamten und Angestellten als ein sehr erprobtenwerthes Einkommen erscheinen müßten. Wer giebt ihnen eine freie Woche mit Gehalt?“ Was würden die dortigen Kollegen sagen, wenn sie sich im Kampfe für bessere Erziehungsbedingungen befänden, und hiesige Kollegen, die oft pro Woche mit M. 10—12 nach Hause gehen müssen, würden sagen: „Wir haben die selben nicht, ergo braucht Ihr sie auch nicht, wir unterstützen Euch nicht.“ Würden dieselben nicht sagen: „Schämt Euch, Ihr besitzt kein Solidaritätsgefühl“ und das mit Recht. Wir müßten auch in erster Linie unseren Segnern zeigen, daß wir das, was wir von ihnen verlangen, auch selbst durchführen können, wenn wir an ihrer Stelle ständen, und unseren Angestellten gegenüber es jetzt schon thun, soweit es in unserer Macht liegt. Wie schreiben unsere Segner schon, wenn irgend eine Arbeitergenossenschaft nicht prosperirt, wie viel mehr, wenn wir als Anhänger einer Kampforganisation unseren Angestellten die Erfüllung eines nicht unberechtigten Wunsches versagen wollten? Auch der arme unserer Kollegen würde nicht sagen: „Weil ich jahraus jahrein schinden muß, so können es Dieje auch.“ er bejahe denn keinen Funken Solidaritätsgefühl. Am Schluß der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Restaurant „Gambriand“ tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt sich im Prinzip mit der Gewährung einer Ferienwoche einverstanden, steht aber in der Handlungsweise des Vorstandes den Mitgliedern gegenüber ein eigenmächtiges Vorgehen, was zum Mindesten einer Rüge bedarf. Nach Ablehnung der betreffenden Ferienwoche seitens des Ausschusses hätte der Vorstand unbedingt eine Umfrage, ähnlich wie bei Streiks, vornehmen sollen.“ Der Vertrauensmann wird beauftragt, diese Resolution dem Vorstande zu übermitteln und selbige nebst einem Referat im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

Siegnitz. Am Sonntag, den 6. Oktober sprach hier Kollege Kloss aus Stuttgart über das Thema: „Was bezwecken die

Arbeiter-Stenograph, in der Lage, zur Fortbildung seiner Mitglieder wesentlich beizutragen.

Die Vorstände der Gewerkschaften und politischen Vereine werden gebeten, dem Verein ihre Unterstützung zu leisten. Einzelne Genossen, welche die Stenographie beherrschen, werden gebeten, dem Verbandsbeiträge zu leisten.

Zur Erwiderung dem Herrn Wuß über seine Anfrage in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“.

1. Bekommen wir pro Quadratmeter Verdoppelungsboden 80 A und Nägel bei Räumen von meistens 50, 60 bis 80 Quadratmeter und freie Fahrt, während die hannoverschen Kollegen für A. 1 noch anküpfen, öfen und waschen müssen und Nägel, Öl und Wachs selbst kaufen müssen.

2. Daß Barlettleger Otto pro Quadratmeter 5 A mehr erhält, als er seinen Kollegen zahlt, wird Jeder begreiflich finden, der überhaupt Ahnung davon hat. Denn ein Geschäft anschaffen, Jedem die Arbeit überweisen, für jedes Vorkommnis einzutreten, die Böden aufzumessen, mit der Firma zu verrechnen und jedem Kollegen für seinen Verdienst aufzukommen, kostet dem Kollegen Otto bei Weitem mehr.

3. Ist es von Herrn Wuß direkte Unwahrheit, zu behaupten, daß in Hannover Bodenleger genug vorhanden waren, denn bei dem kolossalen Geschäftsanhang mußten die hannoverschen Kollegen sich noch außerdem Hülfсарbeiter verschaffen, wo sie dieselben nur erwischen konnten.

4. Ist es gleichfalls eine Unwahrheit, daß Otto für 25 A heiß gewacht hätte. Der Einzige, der in Hannover heiß zu wachen versteht, bekommt dafür 50 A, sonst wachen alle kalt ein, für die Firma für 20 A, für Private für 25 A.

5. Hat Herr Wuß den ganzen Vergehungsartikel nur mit Wissen und Willen einiger Herren losgelassen, und haben uns sämtliche besseren Kollegen erklärt, diesem Gebahren vollständig fernzubleiben, wie uns auch erklärt wurde, daß Herr Wuß seinen Posten als Vertrauensmann mehr seiner hervorragenden Uebersetzungsgabe als seinen fachmännischen Talenten verdankt. Den Herrn noch weiter abzumalen, halten wir für überflüssig und bedauern nur, durch solche Dummheiten bei unseren Berliner Kollegen verdächtigt worden zu sein.

Hannover, den 14. Oktober 1895.

Die Kollegen Otto's.

S. A.: Franz Ehlers.

Rempten, den 17. Oktober.

Ueber die Bekanntmachung des Vorstandes in Nummer 36 betreffs der Ferienwochen für die Bureauangestellten mit vollem Gehalt, herrscht in den Zahlstellen Dortmund, Düsseldorf und Bielefeld eine große Aufregung. Besonders hebt sich die Zahlstelle Dortmund in zwei Verträgen hervor. Sie verurtheilt scharf, daß der Vorstand den Beschluß ohne Einwilligung des Ausschusses gefaßt hat. Zu bedauern ist, daß der Ausschuss, der doch das Prinzip und die Ziele der Arbeiter kennt, nicht einverstanden damit war. „Das ist wirklich etwas stark, wenn die Verbandsbeamten bei ihrem großen Gehalt und reiner Mitgliedschaft noch einen Urlaub resp. Sommerfrische mit vollem Gehalt haben möchten,“ so schreiben die dortmunder organisierten Holzarbeiter. Mit dieser Jeremiade treibt Ihr viel Wasser auf die Mühle von unseren Gegnern. Wie haben diese geschwänzelt bei Besetzung dieser Berichte, wo Ihr unsere Ziele, um welche schon Jahre lang gekämpft wird, mit Füßen tretet. Wenn Ihr einmal in eine Lohnbewegung eintreten würdet, um eine Verbesserung eurer Lage anzustreben, und eure Forderungen würden Euch nicht bewilligt, wie würdet Ihr da mit Recht aufbrausen und schimpfen über solche Inhumanität eurer Ausbeuter. Und in diesem Falle, wo wir Arbeiter Arbeitgeber sind, wollt Ihr mit solchem Beispiel vorgehen? Ihr könnt unseren Ausbeutern als ein Muster gelten, und sollten sich diese nach Eurem Beispiel richten, dann haben wir das lang ersehnte Eldorado hier!!

Weiter heißt es, daß sich die Verbandsbeamten die 15 A vom Mund abihren müssen. Das ist theilweise richtig und auch nicht beim Karten- oder Kegelspiel merkt man von den theuren Zeiten, über die in Versammlungen immer gejammert wird, freilich nichts; natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß wir das Vergnügen entbehren müssen. Dann heißt es weiter, daß der Vorstand die größten Briefe schreibt an die Verbandsbeamten wegen unvorschriftsmäßiger Anzahlung der Reiseunterstützung. Nehmen denn die dortmunder Kollegen solche Unordnung in Schutz? Was würde das für eine heillose Unordnung sein, wenn die Kassierer nach ihrem Belieben auszahlten würden. Wie würden da der Schlamperei und dem Betrug nicht die Hand gereicht? Daß der Vorstand auf Pünktlichkeit und Ordnung hält, dies gefällt den Mitgliedern in Dortmund nicht, und daß er mit solchen Sachen doppelte Arbeit und Unkosten hat, dies bedenken sie nicht. Durch die doppelten Schreibereien und Portoauslagen wird ja selbstverständlich auch der Verband geschädigt. Wie viel dies bei 374 Zahlstellen in einigen Jahren ausmacht, können die dortmunder Kollegen selbst anrechnen. Weiter heißt es: „Was sollen Lausche von Mitgliedern dazu sagen, denen die Gehälter der Verbandsbeamten und Ausschüsse als ein sehr erhaltenswerthes Einkommen erscheinen müssen?“ Wollen denn die Mitglieder alle Beamten oder Angestellte sein, um dies Einkommen zu haben, und haben sie alle die Befähigung dazu, solcher geistigen Arbeit vorzustehen?

In Nr. 41 heißt es weiter, daß es scheint, als ob der Vorstand über den Artikel ganz sprachlos und über jede Kritik erhaben sei. Jedenfalls will aber der Vorstand erst mehrere Berichte abwarten, um dann diese den Verband schädigenden Thatsachen zu revidieren.

Ob der Vorstand von der Sommerfrische schon Gebrauch gemacht hat, weiß ich nicht; wenn ja, eine Störung der Verbandsgeschäfte habe ich nicht wahrgenommen; wenn nicht, dann wunderte mich das auch nicht, denn durch die drei lastlosen Berichte konnte dem Vorstand die Sommerfrische sicher verleidet worden sein. Ich will den dortmunder Kollegen nur noch einige Fingerzeige mehr geben, wie Geld gespart werden kann und die Verbandskasse nicht geschädigt wird. Räumlich: wir kommen wir dazu, zu bauen, daß die Kabinen so viel Geld verdienen und noch dazu Spesen beziehen? Wenn wir auf der Reise sind, so müssen wir mit Suppen leben, und bekommen 8 A pro Kilometer; da könnte man man es ja mit ihnen gerade so machen. Da bauen wir, wenn es im Sommer ist, diese Reise auch mit dem Kaiser Urlaub resp. Sommer-

frische belegen. Da schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Die Kollegen dürfen es mir nicht übel nehmen, daß ich ihnen Konkurrenz im Sparen machen will; ich möchte aber auch nur gegen unnütze Verschwendung des Geldes ein bißchen protestieren. Ueberhaupt, wie kommt es, daß außer den drei Zahlstellen keine andere für oder gegen diese Maßnahme des Vorstandes das Wort ergriffen hat; sollten sie etwa die Berichte der prozesshaften Arbeiterkapitalisten mit Stillschweigen billigen? Wollen wir den Kapitalisten mit gutem Beispiel vorangehen, dann dürfen wir uns die dortmunder Kollegen nicht zum Muster nehmen.

J. Rosenberg.

Streiks und Lohnbewegungen.

Oesterreich. In Wien sind 700 Bernstein-, Meerschraum- und Imitationsdrechsler wegen dem Streik der Meerschraumpfeischneider von Seiten der Unternehmer ausgepejert worden. Man versucht damit ihre Organisation und ihre berechtigten Forderungen unmöglich zu machen. Mit heutigem Tage haben diese Arbeiter die Provokation der Meister dadurch beantwortet, daß sie den einstimmigen Beschluß faßten, in den Streik zu treten und so lange in demselben zu verharren, bis das von ihnen vorgelegte Memorandum, welches die berechtigten Forderungen enthält: achtstündige Arbeitszeit und geregelten Lohnpreistarif, von den Meistern anerkannt worden sind. Der Streik der Stoddrechsler ist mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet worden. Der Meisterstreik der Perlmutterbranche, welcher sich gegen die immense Ausbeutung der Exporteure richtet, ist immer noch nicht zu Ende; circa 500 Arbeiter sind durch diesen Streik brotlos geworden.

Schweden. In Stockholm und Gesele ist ein Tischlerstreik ausgebrochen. Die deutschen Kollegen werden dringend ersucht, den Zugang nach Schweden fernzuhalten.

Gewerkschaftliches.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands hat im Jahre 1894 eine Statistik aufgenommen, die sich auf 183 Orte und deren nächste Umgebung erstreckt. 1129 Unternehmer, von denen jedoch nur 37, darunter 13, welche die Kupferschmiederei als Nebengewerbe betreiben, mehr als 10 Arbeiter beschäftigten, hatten im Ganzen 3337 Berufsarbeiter, 573 Hülfсарbeiter und 1104 Lehrlinge. Von den Berufsarbeitern gehörten 2044 dem Verein an. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8 und 13 Stunden. 2 Berufsarbeiter arbeiten acht, 40 dreizehn, die Mehrzahl (2514) zehn, 621 elf Stunden. Was die Entlohnung betrifft, so arbeiten 6,18 pSt. im Wochen-, 12,85 pSt. im Tage- und 81,47 pSt. im Stundenlohn. Dem höchsten DurchschnittsStundenlohn von 50/100 A steht ein Niedrigdurchschnittslohn von 25 A gegenüber. Im Wochenlohn werden bei freier Kost und Logis A 6,50 bis 20, ohne dieselbe A 12 bis 18,50 bezahlt.

Ein neuer Schlag für die Führer der Harmonie-Anselei. Wir berichteten kürzlich, daß der Centralrat der Bergleuteverband der Bergleute wegen ihrer Unzufriedenheit auswich, und nun hat ein Düsseldorf-Ortsverband in einer zahlreich besuchten Versammlung seine Auflösung beschlossen, weil er eine freie Vereinigung bilden will. Es beginnt zu dümmern unter den genasführten Arbeitern.

Gerichts-Chronik.

Ein bemerkenswerthes Urtheil hat das Reichsgericht in Bezug auf eine Unterschlagung gefällt, deren sich ein Unternehmer seinem Arbeiter gegenüber schuldig gemacht haben sollte. Der Schloffer A. hatte in die Quittungskarte für die Invaliditäts- und Altersversicherung des von ihm beschäftigten Gesellen B. vier Marken nicht eingeklebt, obwohl er bei den wöchentlichen Lohnzahlungen die von B. zu leistenden Beiträge von je 15 A abgezogen hatte. Aus diesem Halbschande war A. wegen Unterschlagung jener zurückbehaltenen Beträge zur Strafe verurtheilt worden. In der Revisionsinstanz wurde der Angeklagte von dem Reichsgericht freigesprochen, das nach Mittheilung der „Jurist. Wochenchrift“ ausführt: „A. hat der Angeklagte gegen die Vorschriften des Invaliditätsgesetzes vom 22. Juni 1889 gehandelt. Derselbe war auch dem B. gegenüber durch Innebehalt des Lohnes verpflichtet, die Marken einzukleben oder den abgezogenen Lohn dem B. auszugeben. Dagegen liegt keine Handlung vor, wodurch das Eigentum von dem nicht ausgezahlten Lohnbeträge auf B. übergegangen wäre. Damit fällt aber der Thatbestand einer gegen B. verübten Unterschlagung. Das Verhalten des Angeklagten berechnete nach § 143 des Gesetzes den Vorstand der Versicherungsgesellschaft zur Festsetzung einer Ordnungsstrafe. Dagegen erfüllte es nicht die Voraussetzungen irgend einer kriminell strafbaren Handlung. Der Angeklagte war daher freizusprechen.“

Technisches.

Bronzieren des Holzes. Zunächst wird der zu bronzierende Gegenstand mit Leim überzogen, der ganz dünnflüssig gelocht und durch ein feines seidenes Tuch in ein reines indenes Gefäß geleitet wurde. Mit einem weichen, feinen Borstenpinsel trägt man 2 bis 3 Schichten von dem Leim auf, läßt aber jede nachhergehende vor dem Auftragen der folgenden trocknen. Auf diesen Reimgrund bringt man 4 bis 5 Schichten von einer Komposition, die aus geschlämmter Kreide besteht, welche man in einem reinen Topfe mit so viel Wasser anmacht, daß ein dicker Brei entsteht, dem man so viel des obigen Leims zusetzt, daß die Masse dazu genug ist, um mit einem Pinsel aufgetragen zu werden, aber demzufolge Körper genug hat, um zu haften. Nach hier erfolgt das Auftragen der neuen Schicht erst dann, wenn die vorige getrocknet ist. Ist dieses auch mit der letzten geschähen, so wird sie mit Schachtelhalben, dem man vorher in 3 Wasser legte, damit er weich und geschmeidig werde, und dann wieder trocken ließ, sein abgetrockneten, hernach mit einem harten Borstenpinsel sauber abgeklaubt und mit einer neuen Schicht Leim versehen. Nachdem auch diese getrocknet, folgt ein Auftrag von etwas feiner gelochtem Leim, auf den, wenn er noch vollkommen naß, die Bronze in Pulverform mit einem weichen Borstenpinsel aufgetragen wird. Bei Anwendung der Goldbronze wird der letztgedachte Leim mit etwas hellem Oel oder Öl zerlegt, bei der Silberbronze mit Weineßig und etwas

Kienruß vermischt. Die vorstehenden Stellen werden schließlich mit dem Polirzahn aus Achat polirt. („Südh. Tischlerzeitung.“)

Literarisches.

Der „Sozialdemokrat“, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Poststraße 3).

Die Nr. 42 vom 17. Oktober hat folgenden Inhalt: Wochen-schau. — Aus England. — Die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter in Rußland. — Ein zeitgenössiger Thriller. — Parteinachrichten. — Todtenliste.

Der Breslauer Parteitag. — Betriebsmonopolprojekte in der Samweiz. — Arbeiterorganisationen. Arbeiterschutz. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 3. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Einiges über den jungen Engels. — Die Vereinerung der Kunst. Von Erich Schickler. — Englische Partei-Entwicklungen. Von Ed. Bernstein. — Thomas Henry Huxley, der Freund und Erklärer Darwin's. Von Edm. Aveling. — Notizen: Etwas über die gesundheits-schädlichen Einflüsse der Bündholzfabrikation. Entwicklung des Verkehrswesens. Verkupferung eiserner Schiffe. — Feuilleton: Kindesrecht. Von Elise Langer. (Fortsetzung.)

Die Geschichte des Britischen Trades-Unionismus. Von Sidney und Beatrice Webb. Deutlich von A. Bernstein. Mit Noten und einem Nachwort versehen von E. Bernstein. (Verlag von J. H. W. Dieß in Stuttgart.) Von diesem in 7 Lieferungen à 75 A erscheinenden Werke ist soeben Heft 1 zur Ausgabe gelangt und sollen in Zwischenräumen von acht Tagen die weiteren Hefte erscheinen. Subscriptions-Anmeldungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen.

Proletariat und Privatrecht. Kritische Betrachtungen eines Arbeiters über den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich (2. Lesung). 72 S. 8°. Preis 30 A. Kommissionsverlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

Die sehr lesenswerthe und zeitgemäße Schrift ist jedem Parteigenossen aufs Wärmste zu empfehlen, umso mehr, als der Preis äußerst niedrig gestellt ist.

Ein deutsches Gesetz- und Rechtsbuch, betitelt „Der Rechtsanwakt im Hause“, ist von der Liebau'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin herausgegeben. Das Werk erscheint in seiner 5. Auflage in 34 Lieferungen à 30 A, komplet gehftet A 10,20. Daß Unkenntniß der Gesetze und des Rechts nicht vor Strafe und Schaden schützt, ist allgemein und daher das Bestreben jedes Einzelnen, sich mit den verschiedenen Rechtsmaterien vertraut zu machen. Die verschiedensten Anfragen bei uns über die mancherlei Streitigkeiten auf privatrechtlichen Gebieten beweisen uns, daß speziell in diesen Fällen eine ganz unbegreifliche Gesetzesunkenntniß herrscht. Wir bedauern, daß unsere Leser leider nicht so über die Geldmittel verfügen, um sich ein Werk wie das vorliegende so kurzer Hand anschaffen zu können; wer es aber erlangen kann, dem wäre die Anschaffung anzuzurufen. Das Buch verfolgt den Zweck, dem allgemein empfundenen Bedürfnis nach einer möglichst eingehenden Rechtslehre Rechnung zu tragen, weshalb denn auch alle in rechtlicher Beziehung in Betracht kommenden Verhältnisse ausführlich und Jedermann verständlich besprochen, die einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen erläutert und durch eine große Anzahl von Formulare und praktischen Rathschlägen Jedem die Möglichkeit gegeben wird, sich genaue Belehrung über die von ihm vorzunehmenden Rechts-handlungen zu verschaffen, und dadurch Raththeil und Schaden von sich abzuwenden.

Dieser Zweck wird um so sicherer erreicht, als die Verfasser des Buches sich nicht damit begnügen, die für den Rechtsunkundigen oftmals unverständlichen Gesetzesbestimmungen einfach mitzutheilen, sondern im Gegentheil die betreffenden Rechtsverhältnisse in ausführlicher und klarer Behandlung nach allen Seiten hin darzulegen. Außer allen Zivilgesetzen enthält das Buch die Gewerbeordnung, Hülfslagen, Kranken-, Alters- und Invaliditäts-, Urheber- und Patentrecht und viele andere Gesetze mit zahlreichen Formulare zu Klagen, Verträgen usw. Ferner das Familien- und Erbrecht, Vormundschafts- und Gefindeordnung mit vielen Formulare, das Wechselrecht, Begründung und Arten der Wechselverbindlichkeiten, Kontocorrent und Kontokorrentgeschäfte, Hypothekrecht, Grundbuchordnung, Zwangsversteigerung und Zwangsversteigerung, Bürgschaft, Pfand, Verjährung usw., das Strafrecht, Strafgesetzbuch, Strafbestimmungen aus anderen Gesetzen, Preßgesetz, das Reichszivilprozeßrecht und Strafprozeßrecht, Gerichtsverfassung, Zivilprozeßordnung, Konkordaten mit Antragsformulare usw. Das Werk ist Großformat und wird über 1100 Seiten stark. Wie schon das Wenige aus dem reichhaltigen Inhaltsverzeichnis beweist, ist das Buch vornehmlich ein Rathgeber in Zivilprozeßen und ist deshalb namentlich selbstthätigen Handwerkern, die recht oft Kontrahieren, Händlern, Maklern, Bucherern und sonstigen Selbstthätigen in die Hände zu fallen Gelegenheit haben, auf Besitze zu empfehlen, um Prozeßen und materiellem Schaden vorzubeugen. Zu beziehen ist das Werk durch alle Buchhandlungen.

Briefkasten.

Altenburg, A. Das wissen wir leider nicht, vielleicht kann Ihnen der argentinische Konsul in Hamburg nähere Auskunft geben. Beso oder P. duro ist etwas weniger wie ein nordamerikanischer Dollar und zwar 1 Dollar gleich 4,248 Mark, 1 P. duro gleich 4,242 Mark.

Blankenese, B. Siehe unter Technisches.

Barel. Da es sich um einen Kaufmann handelt, dürfte die Warnung in mehreren Blatte wenig Erfolg haben. Schreiben Sie dieselbe an die Redaktion des „Vorwärts“ ein.

Schubert, R. Erledigt durch den Bericht aus Halle.

Städtler, R. D. Ein Jahr Kartenzett, wie sie in Erfurt beizulassen wurde.

Altena, J. L. Die Friedhofssache in Frankfurt a. M. war am 22. Juli 1895. R. sprach 1884 im Condemneren und 1885 im Englischen Garten.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)

Bekanntmachungen des Hauptkassierers.

Ueberschüsse fanden am 1. bis 19. Oktober: Offenbach M. 1200, Berlin C 800, Mannheim 800, Hamburg I 600, Berlin A 400, Berlin H 400, Dudaun 400, Hamburg IV 400, Nydorp 400, Kassel 300, Hamburg II 300, Sallerhausen 300,

Würzburg 300, Höchst 200, Erlangen 200, Wilhelmshaven 200, Mülh 200, Bergdorf 200, Hennef 200, Lichtenberg 200, Dessau 200, Pöschappel 200, Giesberg 200, Cannstatt 180, Fleisburg 150, Ren-Ruppin 150, Reudnitz 150, Taubertschloßheim 150, Lorich 150, Bienenbach 150, Reichenbach i. S. 150, Feudenheim 150, Borsdorf 138,75, Neulüskheim 130, Gaisburg 100, Ohren 100, Bielefeld 100, Reiherrstieg 100, Schwartau 100, Bojen 100, Delmenhorst 100, Leipzig II 100, Bruchlöbel 100, Steffen 100, Eppenheim 100, Westhofen 100, Neuschönfeld 99,80, Zellbach 80, Heiligenzell 80, Zimner 80,

Brühl 80, Coben 80, Gräfenroda 75, Schaafheim 60, Eiterhagen 60, Röhren 50, Künzelsau 55, Stendal 30. Summa M. 12 658,58. Zuschüsse erhielten vom 1. bis 19. Oktober: Degerloch M. 150, Koblacher 150, Reinickendorf 100, Konstantz 100, Sudenburg 100, Guben 100, Volkmarzdorf 100, Schleißheim 100, Steinbergen 86, Weiskopf 70, Schollene 70, Rossmannsdorf 80, Kasberg 50, Raitzen 40. Summa M. 1296. Krankenunterstützung (einschl. für Arzt und Arznei) wurde von der Hauptkasse an Einzelmitglieder gezahlt M. 1115,57. L. Jacobs, Hauptkassier.

Verjammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

Charlottenburg. Montag, 28. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Bismarckstr. 74.

Dresden. Dienstag, den 29. Oktober, Abends 9 Uhr, öffentliche Versammlung der Holzarbeiter von Dresden und Umgegend, im Restaurant zum Bürgerbräu, Altmarkt 8, 1. St. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Einzelmitglieder des deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom 3. Quartal. 2. Bericht der Vertrauensmänner und Neuwahl derselben. 3. Bericht der Agitationskommission und Neuwahl derselben. Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet Der Einsammler.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gera. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß der Arbeitsnachweis und die Herberge sich im „Gasthaus zur letzten Quelle“ befinden. Reiseunterstützung zehnter Kassier F. Prager, Markt 13, Sth. 2. Et., Mittags von 12-1 und Abends von 7-9 Uhr aus. Die Ortsverwaltung.

Cottbus. Den Kollegen zur Nachricht, daß der 1. Bevollmächtigte R. Schulze sein Amt niedergelegt hat und an dessen Stelle der Tischler Otto Reumann, wohnhaft Feldstr. 20, 1., gewählt worden ist. Die Ortsverwaltung.

Erfurt. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir unser Betriebslokal von Herrn Rade nach dem Gasthause Springhorn verlegt haben, und bitten die Kollegen, nur dort zu verkehren. Die Reiseunterstützung wird beim Kassier F. Rohlfahrt, Burg 27, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt. Herberge haben wir am Orte nicht. Joh. Fiebert, Bevollmächtigter, Bergstraße 134.

Der Kollege Joh. Weber, Buch-Nr. 29559, wird ersucht, das aus seiner Bibliothek entlehnte Buch an uns zurückzugeben. Die Bewilligungen, welche den Ankauf des oben genannten Buches, werden ersucht, uns davon Mitteilung zu machen. Remmigen. Carl Kattler, Bev.

Zur Beachtung.

Das Büchlein Nr. 74730, auf den Namen Wilhelm Hensel lautend, geb. in Böhrenberg am 14. April 1875, eingetragtes in Berlin am 1. September 1895, ist gestohlen worden. Sollte es jemand zu Gesicht kommen, so bitten wir, dasselbe dem Verleger abzugeben und es uns einzuliefern. Die Verlagsverwaltung Berlin.

Achtung.

Wir machen die Kollegen auf den Tischler Carl Schlimper, Reichensackerstr. 20, Berlin, aufmerksam und ersuchen, falls ihnen dessen Adresse bekannt ist, mit derselben mitzuwirken. Die Verlagsverwaltung Berlin.

Eodes-Anzeige.

Am 15. Oktober 1895 starb unser Kollege Friedrich Gustav Opitz. Er war ein frommes und eifriges Mitglied unserer Organisation. (M. 120) Ehre seinem Andenken! Beihülfe Friedberg in Sachsen.

Grund Festival Geizel.

wo geht Du? Bitte um Teilnahme. Otto Kersavsky, Postamt, Jakobstraße Nr. 19.

Der Tischlermeister Paul Han

mit einem reichhaltigen Lagerwerkzeugen an die mit ihm beauftragten Meister liefern zu können. Otto Klann, Etzsch, Heinrichstraße 47.

Drei tüchtige Tischler

auf Galanterie und einfache Luxusmöbel sucht geg. hohen Lohn u. bei dauernder Beschäftigung A. Werdermann, Trebbin (Kr. Teltow).

Holzarbeiter,

mit Anfertigung der Bürstenbölder vertraut, als Vorarbeiter gesucht. Anerbieten befragt Rudolf Mosse, Köln, unter C. 6909.

Ein Bürstenmachersgejelle auf Bechen

Heinr. Mengler, Wilhelm a. Ruhr, Eppinghoferstraße 4.

Ein Korbmacher

sucht auf Gefäß- und Geflecht-Arbeit gute, dauernde Beschäftigung. Gefäll. Offerten unter H. K. 503 postlagernd Eßlingen a. N.

Gejucht ein tüchtiger Korbmacher

aufsojort (Ratt-Arbeit), dauernde Beschäftigung. Louis Wiegmann, Korbmacher, Elge i. Hannover.

Ein Korbmachersgejelle

auf Geflecht- und Lagenarbeit kann dauernde Stellung erhalten. Reifegeld wird vergütet ab Lübeck. G. Krüger, Kopenhagen, Kjöebmagergade Nr. 18. Näheres Hamburg b. C. D. Hollmann, Köddingsmarkt 5, Keller.

Gejucht sofort ein tüchtiger Gefelle

auf Geflecht, Ruffia- und Bambusarbeit, sowie auf Gefäßlagen. E. Schacht, Korbmacher, Eutin (Holstein).

Wer liefert am billigsten

Kiefernbes Spundholz

(Knäppl), Stärke 50-60 mm am schwachen Ende, ein Meter lang! Offerten an Hermann Wieprecht in Delitzsch (Prov. Sachsen) erbeten.

Görlitz.

Bestellungen auf sämtliche Parteiblätter und Broschüren, sowie Verkauf von Silbermünzen oder ohne Rahmen von Bebel, Siebdruck etc., sowie Verkauf von Genossenschafts-Zigaretten, Streifen, „Solidarität“ und sämtl. Schreivmaterial beim Kollegen Ernst Järisch, Ranschwaldstraße 23 part. i. rügendem vom „Rebender“.

Wenn Sie sparen wollen,

tragen Sie nur das wegen seiner Vorzüglichkeit überall höchlichst bekannte

Fellen-Hund,

bestes Tritot-Hund, fast unzerstörbar, warm, waschecht, nicht einlaufend.

Stück- oder mittel groß ganz groß
Häufigkeit 2,50 2,75 3,-
Stoffen: 2,- 2,20 2,40

Rechenlegung od. Nachnahme. Box 3 Et. franko. Gustav Krödel, Kleinverlanf, Zeitz.

Für Hausfrauen!

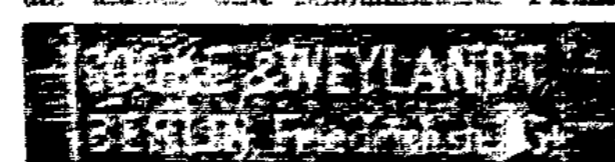
Annahme aller Wollwäcker aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock- und Mantelstoffen, Damendücker, Seidstoffe, Strümpfe, Fortläufer, Schürzen und Leppschäden in den neuesten Modellen, in billigen Preisen durch E. Eichmann, Seilerstr. 6. Parz. Verlagsverwaltung Zeitz. Muster umgehend franko.

STEMPEL

jeder Art aus

Kautschuck und Metall

wie alle dazu gehörigen Apparate und Farben liefert in bester und billigster Ausführung die älteste und renommierteste Firma



Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, geb. M. 1,50 (Porto 10 Pf.), d. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhdlg. Vorrätig in der Exped. d. Blattes.

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bloss, Stein bei Nürnberg.



Gustav Knackstedt, Motorenfabrik, Gattbus, liefert vorzüglich einfach gebaute Gas- u. Petroleum-Motore für alle gewerblichen Zwecke zu billigen Preisen.

Arbeiter! Nach dem großen Ludenwalder Hutarbeiterstreik führten die organisierten Hutmacher die Arbeiter-Kontrollmarke als Kampfmittel ein. Um dieses System wirksam zur Geltung zu bringen und die gemäßigten Genossen unterzubringen, gründeten dieselben eine eigene Fabrik, die

Deutsche Hutfabrik Berlin,

welche zur Zeit 150 Personen beschäftigt. Die Erzeugnisse dieser Fabrik sind gut und preiswert, so daß jedes Detailgeschäft im Stande ist, einen guten weichen oder steifen Hut schon von 3 Mark an zu verkaufen. Jeder Hut trägt unter dem Leder die grüne Kontrollmarke, welche von der Kontrollkommission ausgegeben wird. Man verlange überall nur Hüte mit Kontrollmarke und verlasse jedes Geschäft, in welchem man durch falsche Vorpiegelung zum Kaufen anderer Waare veranlaßt werden soll.

Tischler-Schule

Sternberg i. Mecklbg.

Auskunft durch den Direktor Moritz Wenck, Architekt.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.

Fabrik: Wandseeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht und verhindern die Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn erhielt das Preisdiploam auf der Tischlerei-Ansstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn besitzt das Ehrendiploam der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn versendet Preisblätter gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.